

Amtsgericht Mitte
Littenstraße 12-17
10179 Berlin

24.06.2014

Klage
und
Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Die Stadt Berlin, vertreten durch den Oberbürgermeister Klaus Wowereit, Jüdenstraße 1 10178 Berlin.
2. Dr. E. Jürgen Zöllner, Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Bernhard-Weiß-Str. 6, 10178 Berlin.
3. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, vertreten durch Dr. Günter Stock, Jägerstraße 22/23, 10117 Berlin.
4. Humboldt-Universität zu Berlin, Vertreten durch den Präsidenten Dr. Jan-Hendrik Olbertz, Unter den Linden 6, 10099 Berlin;
5. Freie Universität Berlin, vertreten durch den Präsidenten Dr. Peter-André Alt, Kaiserswerther Str. 16-18, 14195 Berlin.
6. Deutsche Forschungsgemeinschaft e.V., vertreten durch den Präsidenten Dr. Peter Strohschneider, WissenschaftsForum, Markgrafenstraße 37, 10117 Berlin.
7. Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V., vertreten durch Dr. Jürgen Renn, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Boltzmannstraße 22, 14195 Berlin.
8. Forschungsverbund Berlin e. V., Rudower Chaussee 17, 12489 Berlin.
9. Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V., vertreten durch den Präsidenten Dr. Karl Ulrich Mayer, Chausseestraße 111, 10115 Berlin.
10. Einstein Stiftung Berlin, vertreten durch Dr. Martin Grötschel, Jägerstr. 22/23, 10117 Berlin.
11. Ärztekammer Berlin, vertreten durch den Präsidenten Dr. med. Günther Jonitz, Friedrichstraße 16, 10969 Berlin.
12. Bundesärztekammer, vertreten durch den Präsidenten Dr. Frank Ulrich Montgomery, Herbert-Lewin-Platz 1, 10623 Berlin.
13. Deutsche Psychoanalytische Gesellschaft, Goerzallee 5, 12207 Berlin.
14. Arbeitsgericht Berlin, Magdeburger Platz 1, 10785 Berlin.
15. Amtsgericht Charlottenburg, Amtsgerichtsplatz 1, 14057 Berlin.
16. Amtsgericht Mitte, Littenstraße 12-17, 10179 Berlin.
17. Senator für Gesundheit und Soziales Mario Czaja, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.

18. Staatssekretärin für Gesundheit Emine Demirbüken-Wegner, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
19. Staatssekretär für Soziales Dirk Gerstle, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
20. Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke, Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin.
21. Stephan von Dassel, Stellvertretender Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Soziales und Bürgerdienste, Rathaus Wedding, Müllerstr. 146, 13353 Berlin.
22. Amt für Soziales Mitte, Müllerstraße 146, 13353 Berlin.
23. Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.
24. Bundesverfassungsgericht, Schlossbezirk 3, 76131 Karlsruhe.
25. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, 67075 Strasbourg, Frankreich.
26. Europäisches Gericht, Rue du Fort Niedergrünwald, 2925 Luxembourg.
27. Europäische Kommission, 1049 Brüssel, Belgien.
28. Europarat, 67075 Strasbourg, Frankreich.
29. Europäisches Parlament, 60 rue Wiertz, 1047 Brüssel, Belgien.
30. Deutsche Bischofskonferenz, Kaiserstraße 161, 53113 Bonn.
31. Vatikan, vertreten durch den Papst Franziskus, Vatikanstadt.
32. Die Vereinte Nationen (United Nations Organization), 760 United Nations Plaza, New York, New York 10017, USA.
33. International Council for Science, 5 rue Auguste Vacquerie, 75116 Paris, France.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. eine sofortige und umfassende Wiederherstellung meiner Grundrechte: das Recht auf selbstbestimmtes Leben; das Recht auf Gesundheit und körperliche Unversehrtheit; das Recht, mich frei zu bewegen und mein Aufenthaltsort frei zu wählen; das Recht, mein Beruf auszuüben und meinen Verpflichtungen nachgehen zu dürfen; das Recht auf freie Meinungsäußerung und andere.
2. das Berufsverbot sofort aufzuheben;
3. die Beklagten zu verpflichten, die in Punkten 1 und 2 aufgeführten Forderungen, sofort umzusetzen;
4. falls die Beklagten sich weiterhin weigern, oder nicht imstande sind, meine Forderungen zu erfüllen, den Amtsträgern ihrer Ämter zu entheben, und die betroffenen Ämter, Vereine und Organisationen aufzulösen.
5. Aufgrund meiner Mittellosigkeit auf die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu verzichten.

Begründung:

Im Laufe der letzten 10 Jahre fand eine willkürliche Entrechtung statt, die in folgenden Quellen dokumentiert wurde:

1. A. Poleev. Indictments, 2010.

URL: <http://www.enzymes.at/download/indictments.pdf>

2. Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Beschwerdenummer 327113/11.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/ECHR3.pdf>

3. Klage gegen Deutschland beim Gericht der Europäischen Union.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/curiade.pdf>

4. Klage gegen Österreich beim Gericht der Europäischen Union.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/Asylantrag.pdf>

5. Klage gegen die Europäische Union beim Gericht der Europäischen Union.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/curiaeu.pdf>

6. An Organisatoren und Teilnehmer von 22. Europäischen Kongress für Psychiatrie. - In: A. Poleev. Ungeziefer. Enzymes, 2012.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/Ungeziefer.pdf>

7. Strafantrag beim Landeskriminalamt Hessen.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/LKAHessen.pdf>

8. Text des Antrags und der Klageschrift vom 2.06.2014.

URL: http://www.facebook.com/note.php?note_id=712035715519661

9. Text des Antrags und der Klageschrift vom 2.06.2014.

URL: http://www.facebook.com/note.php?note_id=712033858853180

Nach Ankuft in Berlin stellte ich einen Antrag auf Fortzahlung der Sozialhilfe, der bis heute nicht bewilligt wurde, weswegen ich die Einleitung strafrechtlicher Verfahren beantragte:

10. Strafantrag vom 22.06.2014.

URL: http://www.facebook.com/note.php?note_id=720518164671416

Gleichfalls wurde die Aufhebung des Berufsverbots beim Arbeitsgericht Berlin gefordert, was bis dato keine Konsequenzen hatte:

11. Kopie des Schreibens vom 6.06.2014 im Verfahren 37 Ga 7739/14.

Weil bis heute meine Forderungen unerfüllt geblieben sind, beantrage ich SOFORTIGE und VOLLSTÄNDIGE Wiederherstellung meiner Grundrechte.

Dr. Andrej Poleev

Landgericht
Littenstraße 12-17
10179 Berlin

1.07.2014

Klage
und
Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), Vertreten durch die Vorsitzende Dr. Angela Merkel und Bundesgeschäftsführer Dr. Klaus Schüler, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. die Zwangsräumung der Bundesgeschäftsstelle der CDU, Klingelhöferstraße 810785 Berlin, anzuordnen;
2. die Schlüssel und sonstige Ausstattung des Gebäude mir auszuhändigen bzw. zu übergeben;
3. die Bankguthaben und sonstiges Vermögen der CDU zu beschlagnahmen und die Verfügungsrechte über dieses Vermögen an mich zu übertragen;
4. die in Punkten 1 bis 3 aufgeführten Forderungen sofort umzusetzen;
5. aufgrund meiner Mittellosigkeit auf die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu verzichten.

Begründung:

Am 31. Oktober wurde das Gesamtvermögen von CDU {Christlich Demokratische Union Deutschlands} und CSU {Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.}, einschließlich Privatvermögen deren Mitglieder, beschlagnahmt und steht seitdem zu meiner alleinigen Verfügung:

A. Poleev. Harvest. Enzymes, 2013.

<http://www.enzymes.at/download/harvest.pdf>

Aus erklärten Gründen fordere ich sofortige Durchsetzung meiner Besitzansprüche.

Dr. Andrej Poleev

Landgericht
Littenstraße 12-17
10179 Berlin

7.07.2014

Räumungsklage
und
Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Abgerordnete des Deutschen Bundestages, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. die Räumung des Deutschen Bundestags anzuordnen;
2. die im Punkt 1 aufgeführte Forderung sofort umzusetzen;
3. aufgrund meiner Mittellosigkeit auf die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu verzichten.

Begründung:

Seit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) gab es reichlich Zeit, um sich von den Traditionen des Totalitarismus zu verabschieden, und eine vernünftige soziale und politische Ordnung im Land aufzubauen. Stattdessen wurde die vergangene Zeit dafür verwendet, die alten, aus dem Nationalsozialismus stammende machtpolitische Institute und Instrumente zu restaurieren, und sie erneut einzusetzen. Diese böswillige und starrsinnige Restauration des Nationalsozialismus, die konspirativ betrieben wurde, erleichterte und ermöglichte eine propagandistische Fassade der Bonner, und später Berliner Republik, um die Bevölkerung zu täuschen, und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den Tatsachen abzulenken. Die Einzelteile dieser sorgfältig errichteten Lügennfassade, einschließlich Geldscheine, Scheinrecht, Scheinjustiz, Scheinverfassung, Scheinbildung, Scheinberichterstattung, Scheinaufklärung, Scheingesundheitssystem, Scheinsymbole, dienen dem Zweck der Vertuschung, und verdecken machtpolitische Strategie der Eliten, die weiterhin darin besteht, die bestehenden Machtverhältnisse zu erhalten, und für alle Ewigkeit zu sichern. Ein solcher Vorsatz ist schon offenkundig wahnsinnig, und folglich auch zerstörerisch für die Gesellschaft und die Umwelt. Die Vorgehensweise selbsternannter Elite lässt darüber hinaus darauf schließen, daß sie aus Personen mit psychopathischen Verhaltenszügen besteht, und ihre Mitglieder aus Milleau der Psychopathen rekrutiert werden. Diese Tradition des psychopathischen Verhaltens, dessen wesentliche Merkmale Machtbessensheit, Habgier, Menschenverachtung, Glaube an eigene Ausschließlichkeit und Unfehlbarkeit und so weiter, wird an elitären Schulen und in familiären Kreisen gepflegt, so daß sie weiterhin für notwendige therapeutische Maßnahmen verschlossen bleiben.

Den Wahnsinn als Normalzustand zu sehen erfordert außer der Bereitschaft, sich täuschen zu lassen, noch die völlige Verblödung des Betrachters. Da die Alltagsszenen des Wahnsinnssystems, das irreführend als freier demokratische Rechtsstaat bezeichnet wird, für jeden Bürger zugänglich sind, und darüber hinaus vielfach in den Massenmedien reproduziert werden, sollte man davon ausgehen, daß die Realitätsverweigerung der Bevölkerung nicht bloß eine vorübergehende Betäubung der Sinne darstellt, sondern einen pathologisch verlaufenden Ausfall der Wahrnehmungsfunktion bedeutet, was die Maßnahmen zur Wiederherstellung des verlorengegangenen Realitätssinns erfordert.

Da aber jegliche Vorstellung von der gerechten, menschenwürdigen, und zukunftsgerichteten Ordnung sowohl im Volk als auch bei seinen demokratisch gewählten Stellvertetern fehlt, und insbesondere weil die Wille zur Veränderung fehlt, beantrage ich die Auflösung des Bundestags, und die Räumung des Bundestangsgebäude, um dort das Dokumentationszentrum „Demokratie“ und die Gedenkstätte für die Opfer demokratischer Herr- und Frauenschaft einzurichten. Weitere Erwähnungen, welche die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme bekräftigen, sind in folgenden Quellen erläutert:

1. Politik ohne Macht.

<http://www.enzymes.at/download/democracy.pdf>

2. Demokratitis.

<http://poleev.blogspot.de/2012/10/demokratitis.html>

3. Entmündigung.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=509322202457681

4. Arno Gruen. Der Wahnsinn der Normalität. Realismus als Krankheit: eine Theorie der menschlichen Destruktivität, 1987.

5. Dr. Andrej Poleev gegen Bundestag, Verfahren beim Verwaltungsgericht Berlin VG 2 A 10.08 In: A. Poleev. Indictments, 2010.

<http://www.enzymes.at/download/indictments.pdf>

6. Beantragung einer parlamentarischen Untersuchung.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=437609776300417

7. Klage gegen Deutschland beim Gericht der Europäischen Union.

<http://www.enzymes.at/indictments/curiade.pdf>

8. Öffentliche Aufforderung an den Bundestagspräsidenten.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=475735639149671

Dr. Andrej Poleev

Landgericht
Littenstraße 12-17
10179 Berlin

23.07.2014

Schadenersatzklage
und
Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Abgeordneten des Deutschen Bundestags, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.
2. Bundesrepublik Deutschland.
3. Stadt Berlin (falls Eigentumsverhältnisse bestehen).
4. Land Berlin (falls Eigentumsverhältnisse bestehen).
5. Übrige Eigentümer (falls vorhanden).

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. das Gebäude des Deutschen Bundestags mit anliegendem Grundstück an mich zu übereignen, und die Räumung des Deutschen Bundestags anzuordnen;
2. das gemeinschaftliche sowie Privatvermögen der Abgeordneten des Deutschen Bundestags zu konfiszieren, und an mich zu übertragen;
3. die in Punkten 1 und 2 aufgeführten Forderungen sofort umzusetzen;
4. aufgrund meiner Mittellosigkeit auf die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu verzichten.

Begründung:

Wegen willkürlicher Außerkraftsetzung meiner Rechte, die in Anlagen 1 bis 8 dokumentiert wurde; wegen böswilliger Schädigung meiner Gesundheit und meines Rufes; wegen Mißhandlungen, Folter, und Verletzung meiner Würde; wegen Widerhandlung gegen geltendes Recht und Mißachtung zwischenstaatlicher Verträge; wegen Straftaten, die gegen mich verübt wurden, und wofür niemand zur Verantwortung gezogen wurde; wegen Mißachtung meiner Forderungen nach Wiederherstellung meiner Rechte und Bestrafung von Schuldigen; wegen unbegründeter Zurückweisung meines Antrags und meiner Klage vom 7.07.2014 im Verfahren 9 O 349/14 beim Landgericht Berlin; und aufgrund Artikel 41 EU-Menschenrechtskonvention, Artikel 1 bis 5 und 14 Grundgesetz BRD, und Opferentschädigungsgesetz BRD stelle ich Schadenersatzforderungen im genannten Ausmaß. Darüber hinaus begründe ich meine Forderungen mit der garantierten Freiheit des wissenschaftlichen und künstlerischen Schaffens.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen

1. A. Poleev. Indictments, 2010.

URL: <http://www.enzymes.at/download/indictments.pdf>

2. Antrag auf Aufnahme strafrechtlicher Ermittlungen wegen schweren Verbrechen, die der Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs unterliegen.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/ICC4.pdf>

3. A. Poleev. Mafialand NRW, 2013.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/Mafialand.pdf>

4. An Organisatoren und Teilnehmer von 22. Europäischen Kongress für Psychiatrie. - In: A. Poleev. Ungeziefer. Enzymes, 2012.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/Ungeziefer.pdf>

5. Strafantrag beim Landeskriminalamt Hessen.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/LKAHessen.pdf>

6. Verfahren 37 Ga 7739/14 beim Arbeitsgericht Berlin.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=712035715519661

7. Verfahren S 90 SO 1839/14 ER beim Sozialgericht Berlin.

<http://www.enzymes.at/indictments/Sozialgericht.pdf>

8. Strafantrag vom 24.06.2014.

<http://www.enzymes.at/indictments/Strafantrag.pdf>

Klaus Kandt
Der Polizeipräsident in Berlin
Platz der Luftbrücke 6
12101 Berlin

Christian Steiof
Landeskriminalamt Berlin
Abt. 4 Organisierte Kriminalität
Tempelhofer Damm 12
12101 Berlin

7.07.2014

Antrag auf Erlass der Haftbefehle
und Anordnung weiterer Maßnahmen zur Bekämpfung organisierter Kriminalität.

Wie meine Ermittlungen ergaben, wurde das gesamte Staatswesen des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen (NRW) von der Mafia unterminiert¹⁻⁶. Da dieses kriminelle Netzwerk sich auch in Berlin ausbreitete, sind die Gegenmaßnahmen erforderlich, um seine Teile sowie die Teilnehmer zu identifizieren, und die Möglichkeit ihrer weiteren Betätigung zu unterbinden. Zu diesem Zweck beantrage ich vorläufige Schließung folgender Einrichtungen:

1. Landesvertretung Nordrhein-Westfalen, Hiroshimastraße 12-16, 10785 Berlin.
2. Westwind – Wir Nordrhein-Westfalen in Berlin e.V., Amtsgericht Charlottenburg VR 27862 B, Schoeler-Schlösschen Wilhelmsau 126, 10715 Berlin.

Im Weiteren beantrage ich die Aufhebung der Immunität und die Festnahme folgender Personen:

Bundesratsmitglieder:

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen;
Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen;
Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen;
Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen;
Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen;
Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen, Bevollmächtigte des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund.

Stellvertretende Mitglieder des Bundesrates aus Nordrhein-Westfalen:

Sylvia Löhrmann, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen;
Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen;
Thomas Kutschatj, Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen;
Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen;
Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen;

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen;
Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen.

1. A. Poleev. Indictments, 2010.

URL: <http://www.enzymes.at/download/indictments.pdf>

2. A. Poleev. Mafialand NRW, 2013.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/Mafialand.pdf>

3. A. Poleev. Ungeziefer. Enzymes, 2012.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/Ungeziefer.pdf>

4. Text des Strafantrags vom 27.05.2013.

URL: http://www.facebook.com/note.php?note_id=524626374265423

5. Antrag auf Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen vom 27.05.2013.

URL: http://www.facebook.com/note.php?note_id=524625590932168

6. Pseudouniversität Duisburg-Essen.

URL: http://de.schavanplag.wikia.com/wiki/Pseudouniversität_Duisburg-Essen

Landgericht
Littenstraße 12-17
10179 Berlin

23.07.2014

Schadenersatzklage
und
Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Oberbürgermeister Klaus Wowereit, Jüdenstraße 1, 10178 Berlin.
2. Dr. Jörn Kubicki, Lebensgefährtin von Klaus Wowereit.
2. Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg (Amtsgericht Charlottenburg, Registernummer: VR 13954 B, Kleiststraße 35 10787 Berlin.
3. Quarteera e. V., Amtsgericht Charlottenburg, Registernummer: VR 30570, Postfach 58 05 36 10414 Berlin.
4. Bund Lesbischer und Schwuler JournalistInnen, kommissarische Vertretung Konstanze Gerhard, Dennis Pfeiffer-Goldmann, Amtsgericht Charlottenburg, Registernummer: 18690 Nz, Postfach 190139, 50498 Berlin.
5. Bundesarbeitsgemeinschaft schwuler Juristen c/o Homosexuelle Selbsthilfe e.V., Amtsgericht Offenbach am Main, Registernummer 5 VR 1500, Postfach 120522, 10595 Berlin.
6. Berliner CSD e.V., Amtsgericht Charlottenburg, Registernummer 18964 Nz, Courbièrestraße 6, 10787 Berlin.
7. Weitere Personen, Unternehmen und deren Inhaber, Vereine und Vereinsmitglieder, die im schwullesbischen Branchenverzeichnis Siegestsäule Kompass aufgelistet sind.
8. Amtsgericht Charlottenburg, Amtsgerichtsplatz 1, 14057 Berlin.
9. Stadt Berlin.
10. Land Berlin.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. das gemeinschaftliche sowie Privatvermögen beklagter Personen, Vereine sowie deren Mitglieder und Förderer, Einrichtungen und Unternehmen zu konfiszieren, und an mich zu übertragen;
2. die im Punkt 1 aufgeführten Forderungen sofort umzusetzen;
3. aufgrund meiner Mittellosigkeit auf die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu verzichten.

Begründung:

Nach meiner Ankunft in Berlin informierte ich Klaus Wowereit sowie weitere Personen, Vereinsmitglieder und übrige Organisationen, die im schwul-lesbischen Branchenverzeichnis Siegessäule Kompass aufgelistet sind (Anlage 1), und im Text meines Strafantrags vom 2.06.2014, sowie im Text meines Antrags und meiner Klage beim Amtsgericht Charlottenburg genannt sind (Anlagen 2 und 3), über mein Anliegen (Anlage 4). Trotz meiner Bemühungen, die Inhalte meines Anliegens zu vermitteln, bleiben die genannten Personen und Einrichtungen weiterhin untätig und teilnahmslos. Ich bin weiterhin von meinem Freund getrennt, und weiterhin besteht keine Möglichkeit, mit ihm zusammen zu leben; weiterhin wird das Berufsverbot ausgeübt, obwohl ich die Aufhebung dieser willkürlichen Strafmaßnahme beantragte (Anlage 5). 2 Monate mußte ich darauf warten, daß mein Grundsicherungsantrag bewilligt wird (Anlagen 6-7), was nicht nur unzumutbar sondern auch, rein menschlich gesehen, unzulässig ist – die schwul-lesbische Gemeinschaft interessierte das keinesfalls. Aus erklärten Gründen, und gemäß Artikel 41 EU-Menschenrechtskonvention, Artikel 1 bis 5 und 14 Grundgesetz BRD, und Opferentschädigungsgesetz BRD stelle ich Schadenersatzforderungen im genannten Ausmaß.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen.

1. <http://www.siegessaule-kompass.de/>
2. Text des Strafantrags vom 2.06.2014.
3. Text des Antrags und einer Klage beim Amtsgericht Charlottenburg im Verfahren 227 C 1002/14 vom 2.06.2014.
http://www.facebook.com/note.php?note_id=712033858853180
- Anlage 4. An Klaus Wowereit und die Bürger der Stadt Berlin - Kopie des Schreibens vom 10.05.2014.
5. Verfahren 37 Ga 7739/14 beim Arbeitsgericht Berlin.
http://www.facebook.com/note.php?note_id=712035715519661
6. Verfahren S 90 SO 1839/14 ER beim Sozialgericht Berlin.
<http://www.enzymes.at/indictments/Sozialgericht.pdf>
7. Strafantrag vom 24.06.2014.
<http://www.enzymes.at/indictments/Strafantrag.pdf>

Anlage 4. An Klaus Wowereit und die Bürger der Stadt Berlin - Kopie des Schreibens vom 10.05.2014.

An Klaus Wowereit
und die Bürger der Stadt Berlin

10.05.2014

Lieber Klaus,

gestern trug ich mein Anliegen Ihnen persönlich vor, und heute gebe ich allen übrigen Bürger der Stadt Berlin die Inhalte meines Vortrags bekannt.

Wegen meiner wissenschaftlichen, aufklärerischen und bürgerrechtlichen Tätigkeit bin ich in Deutschland politisch motivierter Verfolgung ausgesetzt, die sich in Entrechtung, Bestrafung, und Polizeiübergriffen äußert. Willkürlich werden absurde Strafverfahren fabriziert. Seit Jahren wird rassistische und homophobe Hetze betrieben, und seit mehr als einem Jahr bin ich von meinem Freund getrennt, was unzulässige Einmischung in mein Leben darstellt. Mit Berufsverbot wurde mir die Möglichkeit entzogen, für meinen Lebensunterhalt zu sorgen.

Seit Sonntag lebe ich in Berlin, und verlange jetzt eine sofortige und umfassende Wiederherstellung meiner Rechte: das Recht auf selbstbestimmtes Leben; das Recht auf Gesundheit und körperliche Unversehrtheit; das Recht, mich frei zu bewegen und mein Aufenthaltsort frei zu wählen; das Recht, mein Beruf auszuüben und meinen Verpflichtungen nachgehen zu dürfen; das Recht auf freie Meinungsäußerung und andere.

Dr. Andrej Poleev

Berichtbestatter.

Landgericht
Littenstraße 12-17
10179 Berlin

23.07.2014

Schadenersatzklage
und
Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Deutscher Journalisten-Verband e. V., Amtsgericht Charlottenburg, Registernummer VR 23306, Charlottenstr. 17, 10117 Berlin.
2. DJV Berlin e.V. - Landesverband des Deutschen Journalisten-Verbandes, Alte Jakobstraße 79/80, 10179 Berlin.
3. Bund Lesbischer und Schwuler JournalistInnen, kommissarische Vertretung Konstanze Gerhard, Dennis Pfeiffer-Goldmann, Amtsgericht Charlottenburg, Registernummer 18690 Nz, Postfach 190139, 50498 Berlin.
4. ARD, Wilhelmstraße 67, 10117 Berlin.
5. ZDF-Hauptstadtstudio, Unter den Linden 36-38, 10117 Berlin.
6. Berliner Zeitung, Berliner Verlag GmbH, Karl-Liebknecht-Straße 29, 10178 Berlin.
7. taz Verlags u. Vertriebs GmbH, Rudi-Dutschke-Str. 23, 10969 Berlin.
8. dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH, Mittelweg 38, 20148 Hamburg bzw. Markgrafenstraße 20, 10969 Berlin.
9. Rundfunk Berlin-Brandenburg rbb, Masurenallee 8-14, 14057 Berlin.
10. Die übrigen, hier nicht genannten Personen, Zeitungen, Verlage, Berichterstatter, Unternehmen, Vereine, Anstalten u.ä., die in Kategorie Massenmedien fallen.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. das gemeinschaftliche sowie Privatvermögen beklagter Personen, Vereine, Einrichtungen und Unternehmen zu konfiszieren, und an mich zu übertragen;
3. die im Punkt 1 aufgeführte Forderung sofort umzusetzen;
4. aufgrund meiner Mittellosigkeit auf die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu verzichten.

Begründung:

In regelmäßigen Abständen informierte ich Journalisten, Zeitungen, private und öffentliche Fernsehanstalten, sowie übrige Massenmedien über willkürliche Außerkraftsetzung meiner Rechte, die in Anlagen 1 bis 8 dokumentiert wurde; über böswillige Schädigung meiner Gesundheit und meines Rufes; über Mißhandlungen, Folter, und Verletzung meiner Würde; wegen Widerhandlung gegen geltendes Recht und

Mißachtung zwischenstaatlicher Verträge; wegen Straftaten, die gegen mich verübt wurden, und wofür niemand zur Verantwortung gezogen wurde. Die Beklagten verweigerten die Erfüllung ihres Auftrags, und leisteten keine Berichterstattung über genannten Themen, infolge dessen die rassistische und homophobe Hetze bis heute fortgesetzt wird, und mir einen Schaden entstanden ist, den ich mit dem vorliegenden Antrag und mit der Klage zu begleichen fordere. Aus erklärten Gründen, und gemäß Artikel 41 EU-Menschenrechtskonvention, Artikel 1 bis 5 und 14 Grundgesetz BRD, und Opferentschädigungsgesetz BRD stelle ich Antrag auf Schadenersatz im genannten Ausmaß.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen.

1. A. Poleev. Indictments, 2010.

URL: <http://www.enzymes.at/download/indictments.pdf>

2. Antrag auf Aufnahme strafrechtlicher Ermittlungen wegen schweren Verbrechen, die der Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs unterliegen.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/ICC4.pdf>

3. A. Poleev. Mafialand NRW, 2013.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/Mafialand.pdf>

4. An Organisatoren und Teilnehmer von 22. Europäischen Kongress für Psychiatrie. - In: A. Poleev. Ungeziefer. Enzymes, 2012.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/Ungeziefer.pdf>

5. Strafantrag beim Landeskriminalamt Hessen.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/LKAHessen.pdf>

6. Verfahren 37 Ga 7739/14 beim Arbeitsgericht Berlin.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=712035715519661

7. Verfahren S 90 SO 1839/14 ER beim Sozialgericht Berlin.

<http://www.enzymes.at/indictments/Sozialgericht.pdf>

8. Strafantrag vom 24.06.2014.

<http://www.enzymes.at/indictments/Strafantrag.pdf>

ARD
Wilhelmstraße 67
10117 Berlin

Aufforderung.

In regelmäßigen Abständen informierte ich Journalisten der Mediengruppe ARD über willkürliche Außerkraftsetzung meiner Rechte; über böswillige Schädigung meiner Gesundheit und meines Rufes; über Mißhandlungen, Folter, und Verletzung meiner Würde; über Widerhandlung gegen geltendes Recht und Mißachtung zwischenstaatlicher Verträge; über Straftaten, die gegen mich verübt wurden, und wofür niemand zur Verantwortung gezogen wurde. Da die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Anstalte über genannten Themen bisher verweigert wurde und ausgeblieben ist, infolge dessen die rassistische und homophobe Hetze bis heute fortgesetzt wird, und mir ein moralischer, gesundheitlicher und finanzieller Schaden entstanden ist, beschlagnahme ich das Gebäude der ARD in Wilhelmstraße 67, 10117 Berlin, mit dazugehörigem Grundstück gemäß Artikel 8 Allgemeiner Erklärung der Menschenrechte, Artikel 41 EU-Menschenrechtskonvention, Artikel 14 Grundgesetz BRD, und Opferentschädigungsgesetz BRD, und fordere darin tätige Journalisten sowie übriges Personal auf, das Gebäude unverzüglich zu verlassen, und mir den Haustürschlüssel abzugeben.



Dr. Andrej Poleev
Berlin, 25.09.2014

Mafialand NRW.

Landgericht
Littenstraße 12-17
10179 Berlin

31.07.2014

Schadenersatzklage
und
Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Bundesland Nordrhein-Westfalen (NRW), vertreten durch die Regierungsmitglieder bzw. Bundesratsmitglieder des Landes NRW.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. das gemeinschaftliche sowie Privatvermögen beklagter Personen, Vereine sowie deren Mitglieder und Förderer, Einrichtungen und Unternehmen, insbesondere das Gebäude der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen, Hiroshimastraße 12-16, 10785 Berlin, sowie Vereinsmittel von Westwind – Wir Nordrhein-Westfalen in Berlin e.V., Amtsgericht Charlottenburg VR 27862 B, Schoeler-Schlösschen Wilhelmsau 126, 10715 Berlin. zu konfiszieren, und an mich zu übertragen;
2. die im Punkt 1 aufgeführten Forderungen sofort umzusetzen;
3. aufgrund meiner Mittellosigkeit auf die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu verzichten.

Begründung:

Die Begründung erfolgte im Text meines Strafantrags vom 7.07.2014 (Anlage).

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/NRW.pdf> Gemäß Artikel 41 EU-Menschenrechtskonvention, Artikel 1 bis 5 und 14 Grundgesetz BRD, und Opferentschädigungsgesetz BRD beantrage ich Schadenersatz im genannten Ausmaß.

Dr. Andrej Poleev

Klaus Kandt
Der Polizeipräsident in Berlin
Platz der Luftbrücke 6
12101 Berlin

Christian Steiof
Landeskriminalamt Berlin
Abt. 4 Organisierte Kriminalität
Tempelhofer Damm 12
12101 Berlin

7.07.2014

Antrag auf Erlaß der Haftbefehle
und Anordnung weiterer Maßnahmen zur Bekämpfung organisierter Kriminalität.

Wie meine Ermittlungen ergaben, wurde das gesamte Staatswesen des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen (NRW) von der Mafia unterminiert¹⁻⁶. Da dieses kriminelle Netzwerk sich auch in Berlin ausbreitete, sind die Gegenmaßnahmen erforderlich, um seine Teile sowie die Teilnehmer zu identifizieren, und die Möglichkeit ihrer weiteren Betätigung zu unterbinden. Zu diesem Zweck beantrage ich vorläufige Schließung folgender Einrichtungen:

1. Landesvertretung Nordrhein-Westfalen, Hiroshimastraße 12-16, 10785 Berlin.
2. Westwind – Wir Nordrhein-Westfalen in Berlin e.V., Amtsgericht Charlottenburg VR 27862 B, Schoeler-Schlösschen Wilhelmsau 126, 10715 Berlin.

Im Weiteren beantrage ich die Aufhebung der Immunität und die Festnahme folgender Personen:

Bundesratsmitglieder:

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen;
Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen;
Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen;
Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen;
Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen;
Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen, Bevollmächtigte des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund.

Stellvertretende Mitglieder des Bundesrates aus Nordrhein-Westfalen:

Sylvia Löhrmann, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen;
Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen;
Thomas Kutschat, Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen;
Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen;

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen;
Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen;
Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen.

1. A. Poleev. Indictments, 2010.

URL: <http://www.enzymes.at/download/indictments.pdf>

2. A. Poleev. Mafialand NRW, 2013.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/Mafialand.pdf>

3. A. Poleev. Ungeziefer. Enzymes, 2012.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/Ungeziefer.pdf>

4. Text des Strafantrags vom 27.05.2013.

URL: http://www.facebook.com/note.php?note_id=524626374265423

5. Antrag auf Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen vom 27.05.2013.

URL: http://www.facebook.com/note.php?note_id=524625590932168

6. Pseudouniversität Duisburg-Essen.

URL: http://de.schavanplag.wikia.com/wiki/Pseudouniversität_Duisburg-Essen

Landgericht
Littenstraße 12-17
10179 Berlin

31.07.2014

Schadenersatzklage
und
Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Die Europäische Union.
2. Stadt Berlin (falls Eigentumsrechte auf strittiges Eigentum vorhanden).
3. Land Berlin (falls Eigentumsrechte auf strittiges Eigentum vorhanden).
4. Weitere, hier nicht genannten Eigentümer strittigen Eigentums.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. das gemeinschaftliche sowie Privatvermögen beklagter Personen, Vereine sowie deren Mitglieder und Förderer, Einrichtungen und Unternehmen, insbesondere
 - Europäischer Akademie Berlin (Amtsgericht Charlottenburg, Registernr. VR 3197 B), Bismarckallee 46/48, 14193 Berlin;
 - Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Unter den Linden 78, 10117 Berlin;
 - Netzwerks Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg e.V. (Amtsgericht Charlottenburg, Registernr. 2174 B), Sophienstr. 28-29, 10178 Berlin;
 - Deutscher Gesellschaft eingetragener Verein zur Förderung politischer, kultureller und sozialer Beziehungen in Europa (Amtsgericht Charlottenburg Registernummer: VR 10115 B), Mosse Palais Voßstraße 22, 10117 Berlin;zu konfiszieren, und an mich zu übertragen;
2. die im Punkt 1 aufgeführten Forderungen sofort umzusetzen;
3. aufgrund meiner Mittellosigkeit auf die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu verzichten.

Begründung:

Wegen willkürlicher Außerkraftsetzung meiner Rechte appellierte ich an zahlreiche Europäische Amtsträger und Einrichtungen, wie z.B. Ombudsman Europäische Union, Kommissare Europäische Kommission (Tonio Borg und Viviane Reding); Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Gericht Europäische Union u.a., die alle ausnahmslos verweigerten, mir irgendwelche Hilfe zu erweisen und geschehene Willkür zu unterbinden (zusammengefasst in meinem Schreiben vom 29.12.2012, Anlage). Infolge dieser Unterlassung entstand mir ein Schaden, welchen ich von den Beklagten gemäß Artikel 41 EU-

Menschenrechtskonvention, Artikel 1 bis 5 und 14 Grundgesetz BRD, und Opferentschädigungsgesetz BRD zu begleichen fordere.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen.

Ultimatum an die Europäische Union.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/ultimatum.pdf>

Landgericht
Littenstraße 12-17
10179 Berlin

8.08.2014

Schadenersatzklage
und
Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Republik Österreich.
2. Dr. Ralph Scheide, Botschafter der Republik Österreich.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. das gemeinschaftliche sowie Privatvermögen beklagter Partei und Person, dazugehörige Einrichtungen und Unternehmen, insbesondere das Gebäude der Botschaft der Republik Österreich, Stauffenbergstraße 1, 10785 Berlin, zu konfiszieren, und an mich zu übertragen;
2. die im Punkt 1 aufgeführten Forderungen sofort umzusetzen;
3. aufgrund meiner Mittellosigkeit auf die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu verzichten.

Begründung:

Wegen politisch motivierter Verfolgung in Deutschland beantragte ich vor 2 Jahren Asyl in Österreich, das mir damals und bis heute nicht gewährt wurde, was im Widerspruch zum österreichischen Recht steht, und einen Verstoß gegen zwischenstaatliche Verträge darstellt, wie dem Asylgericht und dem Gericht der Europäischen Union vorgetragen wurde (Anlage). Wegen dieses widerrechtlichen Nichtzustandekommen der Asylgewährung wurde ich in Deutschland weiteren Mißhandlungen ausgesetzt, so daß mir ein gesundheitlicher, moralischer und finanzieller Schaden entstanden ist, den ich gemäß Artikel 41 EU-Menschenrechtskonvention, Artikel 1 bis 5 und 14 Grundgesetz BRD, und Opferentschädigungsgesetz BRD zu begleichen fordere, und beantrage einen Schadenersatz im genannten Ausmaß.

Dr. Andrej Poleev

Anlage.

Klage gegen Österreich beim Gericht der Europäischen Union vom 21.11.2012.

URL: <http://www.enzymes.at/indictments/Asylantrag.pdf>

Ralph Scheide
Botschafter der Republik Österreich
Stauffenbergstraße 1
10785 Berlin

Aufforderung.

Wegen Außerkraftsetzung der Rechtsordnung beschlagnahme ich das Gebäude der Botschaft der Republik Österreich, Stauffenbergstraße 1, 10785 Berlin, und fordere alle darin tätige Personen auf, das Gebäude unverzüglich zu verlassen, und mir den Haustüschlüssel abzugeben.

Dr. Andrej Poleev
Berlin, 11.12.2014

Rechtsnihilismus.

Klaus Kandt
Der Polizeipräsident in Berlin
Platz der Luftbrücke 6
12101 Berlin

22.09.2014

Strafantrag

Ich beantrage die Räumung von Gebäuden in Littenstraße 12-17, 10179 Berlin; am Magdeburger Platz 1, 10785 Berlin; Kirchstr. 7, 10557 Berlin; Spreeweg 1, 10557 Berlin; Müllerstr. 146, 13353 Berlin; Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin; Platz der Republik 1, 11011 Berlin; Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin; Jüdenstraße 1, 10178 Berlin, die Verhaftung darin tätiger Personen sowie deren strafrechtliche Verurteilung wegen Amtsanmaßung, Betrug, Unterlassen der Diensthandlung, Rechtsbeugung, Belohnung und Billigung von Straftaten, Strafvereitelung im Amt, Vorteilsannahme, Vorteilsgewährung, Gebührenüberhebung, Bildung krimineller und terroristischer Vereinigung und anderer Straftaten (§§ 1, 23, 80, 80a, 111, 129, 129a, 130a, 132, 140, 170, 185, 221, 222, 224, 233, 233a, 240, 258a, 263, 264, 264a, 331-333, 336, 339, 345, 352 StGB) und wegen widerrechtliche Anwendung des § 70 StGB Berufsverbot.

Im Weiteren beantrage ich die Auflösung der Vereine Deutscher Anwaltsverein, Berliner Anwaltsverein, Republikanischer Anwältinnen - und Anwälteverein, Deutscher Richterbund sowie Deutscher Beamtenbund, die Beschlagnahme von Vereinsmittel, und die Einleitung strafrechtlicher Verfahren gegen Mitglieder dieser Vereine wegen genannter Straftaten.

In der Zeit zwischen 1.07.2014 und 8.08.2014 wurden beim Landgericht Berlin 6 Schadenersatzklagen (32 O 351/14, 86 O 226/14, 28 O 335/14, 28 O 326/14, 28 O 320/14, 52 O 177/14, 52 O 181/14) und eine Räumungsklage (28 O 323/14) eingereicht und entsprechende Anträge auf Erlass einstweiliger Verfügungen/Anordnungen gestellt, von denen keiner bzw. keinen einzigen entsprochen wurde. Die Zurückweisung meiner Klagen und Anträge erfolgte auf rechtswidrige Weise, in keinem Fall wurden die Grundsätze eines Rechtsverfahrens eingehalten.

Am 24.06.2014 wurde beim Amtsgericht Mitte eine sofortige und umfassende Wiederherstellung meiner Grundrechte gefordert - bis heute erfolgte weder Stellungnahme noch Erfüllung meiner Forderung. Gleichfalls wurde vom Amtsgericht Mitte und Neukölln meine Klagen und Anträge (20 C 1006/14 und 11 C 1006/14) grundlos verworfen.

Seit 2.06.2014 verlange ich vom Arbeitsgericht im Verfahren 37 Ga 7739/14 die Aufhebung eines rechtswidrig ausgeübten Berufsverbots, was auch zum Gegenstand meines Strafantrags vom 18.08.2014 wurde - bis heute wird die geforderte Gerichtsentscheidung unterlassen.

Gegen Berichterstatter Görlich am Verwaltungsgericht wurde bereits ein Strafantrag gestellt (283 Js 3600/14 A). Da weder mein Schreiben an die Präsidentin dieses Gerichts zur Neuaufnahme des Verfahrens (VG 15 K 209.14, 15 L 208.14) führte noch der Oberstaatsanwalt Heckt die geforderte strafrechtliche Ermittlung einleitete, beantrage ich die Einleitung strafrechtlicher Verfahren auch gegen diese beide Mitglieder einer kriminellen Vereinigung.

Seit Mai dieses Jahres versuche ich, eine juristische Vertretung und die Übernahme des Mandats in Gerichtsverfahren von den in Berlin tätigen Rechtsanwälte zu erhalten bzw. zu erreichen, sowie einen wirksamen Rechtsschutz zu bekommen - bisher ohne Erfolg.

Nach geschehener juristischen Unterlassung, und ungeachtet meiner Mittellosigkeit, die vom Sozialgericht im Verfahren S 90 SO 1839/14 ER festgestellt wurde, erfolgten bereits rechtswidrige Versuche, das Geld von mir einzutreiben, um die vermeintlichen, aber nicht erbrachten Leistungen zu entlohnen.

Die geschilderten Umstände lassen einige Schlußfolgerungen zu, die ich an dieser Stelle präsentiere, um meinen Strafantrag und die Notwendigkeit geforderter Maßnahmen zu begründen.

Das, was hierzulande das Rechtssystem genannt wird, stellt eine schizophrene Spaltung des Rechts dar, das zu einem Unrecht umfunktioniert wurde; infolge dieser Spaltung in einzelne Verfahren, Gesetze, Gerichte, Behörden und Ämter wird die Erfassung der Komplexität der Fälle, die eine umfassende rechtliche Beurteilung und die Berichtigung erfordern, unmöglich. In seiner derzeitigen Form ist das kein Rechtssystem sondern die Verneinung jegliches Rechts, auch des Rechts, Rechte zu haben (in Worten von Hannah Arendt in Elementen totalitärer Herrschaft, 1958), ein totaler Rechtsnihilismus. Folglich ist in diesem System keine Rechtssprechung möglich - es findet bloß die Verteidigung und die Durchsetzung korporativer Interessen statt, und die vermeintliche Rechtssprechung erfolgt in Vertretung des Deutschen Volkes von zwei Vereinen, den Deutschen Richterbund und Deutschen Beamtenbund.

Die Vereinsmitglieder dieser beiden kriminellen Vereinigungen gehen strategisch vor, um ihre Vorhaben zu tarnen - bekanntlich muß ein Verbrechen übergroß sein, damit man ihn übersieht. Zuerst, wurde das Recht und die Rechtssprechung privatisiert und monopolisiert, so daß keine andere Instanz diese Monopolstellung bezweifeln und ihr entgegenwirken kann. Zweitens, weil die Angehörigen des organisierten Unrechtssystem per Definition selbst kriminell sind, erwarten sie von ihren Kunden, daß sie gleichfalls lügen und betrügen. Drittens, das Geschäftsmodell des organisierten Unrechts bietet für die Teilnehmer und Teilhaber den größten rechtsfreien Raum innerhalb der BRD, in dem alle Eventualitäten möglich sind. Insbesondere sind die Vordenker dieses kollektiven Verbrechens, die Angehörige und Absolventen rechtswissenschaftlicher Fakultäten, für das Verfassen zahlreicher Gesetze verantwortlich, die keinesfalls zur Herstellung einer Rechtsordnung beitragen - vielmehr tragen sie zur Verwirrung und Vermehrung der Justizbediensteten bei. Viertens, die selbsternannten Richter, deren Selbstlegitimation in willkürlichen Selbstlegitimationsverfahren erfolgt, sind genauso blind für die Anliegen der Außerstehender wie die heidnische Gottheit Justitia, welche sie kultisch verehren und welcher sie dienen. Trotz dieses Umstandes, werden sie nicht von dieser Gottheit, sondern aus den Steuereinnahmen des Staates finanziert, was schon die berechnete Frage aufwirft, inwieweit eine solche Finanzierung mit den Grundsätzen der Logik und mit den Grenzen des Vertretbaren vereinbar ist.

Fünftens, die Unrechtssprechung erfolgt in Gerichtsverfahren, die nur Anschein von Rechtsverfahren haben. Mittels eines häufig herangezogenen Zauberspruchs „mangels Erfolgsaussichten“ werden die Anträge willkürlich abgelehnt und die Klagen abgewiesen, ohne daß die Entscheidungsträger ihr eigenmächtiges Vorgehen begründen müssen (von wem auch müssen sie sich für ihre Taten rechtfertigen?), wie bei jeder selbsterfüllenden Prophezeiung der Fall ist. Und weil die Kläger oder Angeklagten, oder vielmehr beide Seiten in Gerichtsverfahren wie die erwähnte Gottheit entmündigt und betrogen werden, wird die Kriminalität und die Selbstjustiz in der Bevölkerung gefördert, was zu allgemeiner Unsicherheit und Verwirrung führt, und eine der Voraussetzungen für das Fortbestehen eines Unrechtssystem ist.

Aber der Gipfel des Zynismus erblicke ich in einer Gedenktafel, welche auf der Fassade des Gerichtsgebäude in Littenstraße angebracht ist, und deren Aufschrift lautet: „Hans Litten – unerschrockener Kämpfer für Menschlichkeit und Frieden, Anwalt und Verteidiger der Unterdrückten – ermordet 1938 im KZ-Lager Dachau.“ Es fehlt noch eine Swastika darüber oder darunter.

Nach derzeitigem Stand meiner Ermittlungen, handelt es sich bei den genannten Personen, Behörden und Vereine um eine kriminelle Vereinigung, deren Teile durch komplizenhafte Beziehungen miteinander verbunden sind, so daß jede strafrechtliche Ermittlung geschweige denn die Verurteilung im Strafprozess blockiert wird, und unmöglich geworden ist. In diesem Fall ist die Zerschlagung des gesamten System notwendig, um das Ende des organisierten Verbrechertums einzuleiten. Ich beantrage die Beschlagnahme der im Text des Strafantrags genannten Unterlagen zwecks Beweissicherung und Beweisführung.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen.

Grundrechteantrag

http://www.facebook.com/note.php?note_id=721607127895853

Forderung nach Herausgabe von Haustürschlüssel - Antrag beim Amtsgericht Neukölln 1 C 1006/14

http://www.facebook.com/note.php?note_id=729558360434063

Amtsenthbungsklage 20 C 1006/14

http://www.facebook.com/note.php?note_id=731211543602078

Antrag auf Erlaß der Haftbefehle

http://www.facebook.com/note.php?note_id=730517537004812

Schadenersatzklage gegen Österreich 32 O 351/14

http://www.facebook.com/note.php?note_id=75837732752166

Schadenersatzklage gegen Bundestag 28 O 323/14

http://www.facebook.com/note.php?note_id=739220676134498

Räumungsklage.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=729556747100891

Räumungsklage Parteizentrale CDU

http://www.facebook.com/note.php?note_id=725576900832209

Berichtbestatter - Schadenersatzklage 28 O 326/14, 28 O 320/14

http://www.facebook.com/note.php?note_id=745814132141819

Arbeitsgericht 37 Ga 7739/14

http://www.facebook.com/note.php?note_id=712035715519661

Arbeitsauftrag

http://www.facebook.com/note.php?note_id=734534003269832

Kriminelle akademische Vereinigung.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=759311267458772

Sozialgericht

http://www.facebook.com/note.php?note_id=729553787101187

Sozialgericht 2

http://www.facebook.com/note.php?note_id=763957950327437

Landessozialgericht

http://www.facebook.com/note.php?note_id=768000263256539

Strafantrag vom 7.09.2014

http://www.facebook.com/note.php?note_id=762346383821927

Strafantrag vom 24.06.2014.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=720518164671416

Verwaltungsgericht Berlin 15 L 208.14, 15 K 209.14

http://www.facebook.com/note.php?note_id=713855902004309

Recht versus Gesetz - Strafantrag von 6.08.2014

http://www.facebook.com/note.php?note_id=748705098519389

Die Ausländerbehörde als institutionalisierter Fremdenhass.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=748702211853011

Landgericht
Littenstraße 12-17
10179 Berlin

29.09.2014

Schadenersatzklage
und
Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Die Stadt Berlin, vertreten durch den Oberbürgermeister Klaus Wowereit, Jüdenstraße 1, 10178 Berlin.
2. Senator für Gesundheit und Soziales Mario Czaja, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
3. Staatssekretärin für Gesundheit Emine Demirbükten-Wegner, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
4. Staatssekretär für Soziales Dirk Gerstle, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
5. Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke, Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin.
6. Stephan von Dassel, Stellvertretender Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Soziales und Bürgerdienste, Rathaus Wedding, Müllerstr. 146, 13353 Berlin.
7. Bezirksamt Mitte Sozialamt, Müllerstraße 146, 13353 Berlin.
8. Sozialgericht, Invalidenstraße 52, 10557 Berlin.
9. Landgericht, Littenstraße 12-17, 10179 Berlin.
10. Amtsgericht Mitte, Littenstraße 12-17, 10179 Berlin.
11. Verwaltungsgericht, Kirchstr. 7, 10557 Berlin.
12. Arbeitsgericht, Magdeburger Platz 1, 10785 Berlin.
13. Staatsanwaltschaft, Eißholzstraße 30 – 33, 10781 Berlin.
14. Das Land Berlin, vertreten durch den Landtag.
15. Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundestag und die Bundesregierung.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. die Beklagten zur Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 10 Millionen Euro zu verurteilen;
2. falls die Beklagten sich weigern, die Zahlung zu leisten, die genannte Summe zu beschlagnahmen und mir auszuzahlen;
3. die Beiordnung eines Rechtsanwalts;
4. aufgrund meiner Mittellosigkeit auf die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu verzichten.

Begründung.

Am 4. Mai dieses Jahres bin ich nach Berlin gereist, um die Wiederherstellung meiner Rechte, die vorher willkürlich außer Kraft gesetzt wurden, zu bewirken. Zu diesem Zweck wurden Klagen eingereicht, Anträge

und Strafanträge gestellt, dennoch besteht bis heute das Berufsverbot, die Entrechtung wird fortgesetzt, weiterhin bin ich von meinem Freund getrennt, ohne die Möglichkeit, diese Trennung endgültig zu überwinden, meine weiteren Forderungen werden mißachtet, wie in folgenden Quellen dargelegt wurde: Verfahren 32 O 351/14, 86 O 226/14, 28 O 335/14, 28 O 326/14, 28 O 320/14, 52 O 177/14, 52 O 181/14, 28 O 323/14 beim Landgericht Berlin, 20 C 1006/14 beim Amtsgericht Mitte, 11 C 1006/14 Amtsgericht Neukölln, 37 Ga 7739/14 beim Arbeitsgericht, VG 15 K 209.14, 15 L 208.14 beim Verwaltungsgericht, S 90 SO 1839/14 ER und S 50 SO 2510/14 ER beim Sozialgericht, Strafanträge vom 2.06.2014, 24.06.2014, 18.08.2014, 7.09.2014, 11.09.2014, 22.09.2014, 25.09.2014, Verfahren 283 Js 3600/14 A, 133 AR 364/14.

Infolge juristischer Unterlassung, Mißachtung meiner berechtigten Forderungen und Bedürfnisse, Rechtsbruch und Widerhandlung gegen geltendes Recht wurden mir weitere 5 Monate meines Lebens unwiederbringlich gestohlen, mir ein gesundheitlicher, moralischer und finanzieller Schaden entstanden ist, weswegen ich einen Schadenersatz im genannten Ausmaß gemäß Artikel 41 Europäischer Menschenrechtskonvention, Artikel 14 und 34 Grundgesetz BRD, Opferentschädigungsgesetz BRD beantrage.

Zur Begründung von Beiordnung eines Rechtsanwalts und Unterlassen jeglicher Gerichtsgebühren, teile ich mit, daß meine Mittellosigkeit im Verfahren S 90 SO 1839/14 ER beim Sozialgericht festgestellt wurde und bis heute fortbesteht.

Dr. Andrej Poleev

Demokratur.

Klaus Kandt
Der Polizeipräsident in Berlin
Platz der Luftbrücke 6
12101 Berlin

30.09.2014

Strafantrag

Infolge unbegründeter Zurückweisung meiner Klage und meines Antrags beim Landgericht Berlin vom 23.07.2014, was u.a. zur Gegenstand meines Strafantrag vom 22.09.2014 wurde; wegen Mißachtung meiner Forderungen, die ich an die Bundestagsabgeordneten richtete; wegen Rechtsbruch und Widerhandlung gegen nationale, europäische und internationale Rechtsnormen und zwischenstaatliche Verträge; aufgrund Artikel 34 Grundgesetz BRD beantrage ich die Auflösung des Deutschen Bundestags, die Räumung des Bundestagsgebäudes, die Verhaftung und strafrechtliche Verurteilung aller darin tätiger Personen wegen Amtsanmaßung, Betrug, Bestechlichkeit, Erschleichen von Leistungen, Rechtsbeugung, Belohnung und Billigung von Straftaten, Bildung krimineller und terroristischer Vereinigung und anderer Straftaten (§§ 23, 80, 80a, 100, 108a, 111, 129, 129a, 130a, 132, 140, 170, 171, 174b, 180, 180a, 201-204, 206, 211, 221, 222, 225, 229, 232, 233, 233a, 240, 241, 241a, 242, 249, 253, 263, 264, 264a, 265a, 266, 283, 307, 310-311, 324-330a, 331-333, 336, 339, 344, 345, 353 StGB), und wegen widerrechtliche Anwendung des § 70 StGB Berufsverbot.

Der Bundestag ist die gesetzgebende Instanz der BRD, und die Bundestagsabgeordneten in Ausübung ihrer Funktion sind für die Mißstände unmittelbar verantwortlich, die zur Gegenstand meiner Strafanträge wurden, u.a. beim Internationalen Strafgerichtshof vom 10.12.2012, beim Landeskriminalamt NRW vom 19.09.2013, beim Landeskriminalamt Niedersachsen vom 15.03.2014, beim Landeskriminalamt Hessen vom 19.03.2014, und des erwähnten Srafantrags vom 22.09.2014. Da alle meine Versuche, die Bundestagsabgeordneten auf diese Mißstände aufmerksam zu machen und sie zu Behebung dieser Mißstände zu bewegen, erfolglos geblieben sind, gehe ich von vorsätzlichen Handlungen aus, die auf Unzurechnungsfähigkeit betroffener Personen und auf Institutionalisierung des Rechtsbruchs hinweisen. Nach gescheiterten Versuchen in vergangenen Jahren wandte ich zuletzt an Heinrich Zertik, dennoch blieb auch dieser Bundestagsabgeordneter unempfindsam für mein Anliegen.

Darüber hinaus weise ich auf die Straftaten hin, die im Namen des Deutschen Volkes und mit Zustimmung des Bundestags geschehen, u.a. auf die Außerkraftsetzung einer Rechtsordnung gemäß Artikel 28 Allgemeiner Erklärung der Menschenrechte; auf die Mißachtung der Verpflichtungen über die Entnazifizierung, die im Artikel 139 Grundgesetz BRD verankert sind; auf Handlungen, die gegen Bestimmungen von Grundgesetz BRD, insbesondere Artikel 1-19 und 26, verstößen.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen.

Schadenersatzklage gegen Bundestag im Verfahren 28 O 323/14 beim Landgericht Berlin

http://www.facebook.com/note.php?note_id=739220676134498

Schreiben an Heinrich Zertik.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=727714233951809

Christian Fuchs, John Goetz: Geheimer Krieg. Wie von Deutschland aus der Kampf gegen den Terror gesteuert wird. Rowohlt Verlag, 2013.

<http://www.geheimerkrieg.de/>

http://www.ndr.de/geheimer_krieg/geheimerkrieg261.html

http://www.ndr.de/geheimer_krieg/autoren187.html

<http://www.daserste.de/information/wissen-kultur/ttt/sendung/wdr/sendung-vom-10112013-krieg-100.html>

http://www.ndr.de/geheimer_krieg/geheimerkrieg255.html

http://www.ndr.de/geheimer_krieg/geheimerkrieg247.html

[Liste der bezuschussten Universitäten](#)

Hochschulen, die direkt oder indirekt mit dem US Department of Defence kooperieren.

http://www.ndr.de/geheimer_krieg/geheimerkrieg251.pdf

[Liste der bezuschussten Institutionen](#)

Einrichtungen, die direkt oder indirekt mit dem US Department of Defence kooperieren. Darunter finden sich das Fraunhofer Institut, die Max-Planck-Gesellschaft und die Zeiss-Stiftung.

http://www.ndr.de/geheimer_krieg/geheimerkrieg249.pdf

<http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2013/panorama4779.html> Video Panorama 28.11.2013 21:45

<http://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/geheimerkrieg269.html> Text zur Sendung

<http://www.aachener-zeitung.de/lokales/aachen/pentagon-zahlt-fuer-forschung-an-rwth-aachen-1.704972>

<http://www.3sat.de/page/?source=/nano/gesellschaft/173622/index.html>

Die Deutsche Telekom verfügte bis 2010 über ein europaweites Patent zum "Abhören von ausgesuchten Nachrichtenverbindungen zu Zwecken hoheitlicher Überwachung". Nach Ansicht von Experten ermöglicht das Patent, dass Geheimdienste Glasfaserkabel unbemerkt ausspähen können.

<http://www.zdf.de/Frontal-21/Sendung-vom-26.-November-2013-30801690.html>

Der BND ist eine dem Bundeskanzleramt angegliederte Dienststelle und beschäftigt rund 6000 Mitarbeiter (Stand 2005). Innerhalb des Bundeskanzleramtes ist die Abteilung 6 für den BND zuständig, deren Leiter gleichzeitig Geheimdienstkoordinator ist. Der geplante Zuschuss aus dem Bundeshaushalt betrug für 2010 rund 478 Millionen Euro und für 2009 460 Millionen Euro.

Die Baukosten für die neue BND-Zentrale in Berlin werden von Bundesregierung und BND auf 720 Millionen Euro veranschlagt. Der Bundesrechnungshof schätzt die Kosten erheblich höher ein. Zum Richtfest am 25. März 2010 an der Berliner Chausseestraße wurden die voraussichtlichen Kosten auf 790 Millionen Euro beziffert.

Wikipedia - Bundesnachrichtendienst

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger -- Strafbarkeit von Rechtsbeugung wiederherstellen, Bürgergerichte einführen ! Petition von Gisela Müller

<http://www.change.org/de/Petitionen/bundesjustizministerin-sabine-leutheusser-schnarrenberger-straftbarkeit-von-rechtsbeugung-wiederherstellen-bürgergerichte-einführen>

Strafanzeige gegen die Mitglieder der Bundesregierung wegen Beihilfe zu Kriegsverbrechen nach dem Völkerstrafgesetzbuch und Tötungsverbrechen nach dem Strafgesetzbuch durch Unterstützung des Einsatzes von Kampfdrohnen durch die USA

http://www.waehl-gehrcke.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1089:drohnen&catid=108:hintergrundmaterialien&Itemid=168

<http://de.wikipedia.org/wiki/Rüstungskontrolle>

http://de.wikipedia.org/wiki/Europäische_Verteidigungsgemeinschaft

<http://www.bdi.eu/uebersicht-aller-mitgliedsverbnde.htm> Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

http://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Rüstungsexport

<http://de.wikipedia.org/wiki/Rüstungsindustrie>

<http://www.bdsv.eu/> Homepage des Verbandes der deutschen Rüstungsindustrie (Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie)

<http://en.wikipedia.org/wiki/Rheinmetall>

Die Friedensaktivistin Elke Koller hatte gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen der Lagerung amerikanischer Atomwaffen auf einer Militärbasis in der Eifel geklagt. Das Verwaltungsgericht Köln entschied nun, dass die Klage unzulässig ist (Verfahren 26 K 3869/10). Kölnische Rundschau vom 19.07.2011.

<http://www.gesetze-im-internet.de/krwaffkontrg/> Ausführungsgesetz zu Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes

http://www.gesetze-im-internet.de/krwaffkontrg/_17.html

§ 17 Verbot von Atomwaffen

(1) Unbeschadet des § 16 ist es verboten,

1. Atomwaffen zu entwickeln, herzustellen, mit ihnen Handel zu treiben, von einem anderen zu erwerben oder einem anderen zu überlassen, einzuführen, auszuführen, durch das Bundesgebiet durchzuführen oder sonst in das Bundesgebiet oder aus dem Bundesgebiet zu verbringen oder sonst die tatsächliche Gewalt über sie auszuüben,

http://www.gesetze-im-internet.de/krwaffkontrg/_16.html

§ 16 Nukleare Aufgaben im Nordatlantischen Bündnis

Die Vorschriften dieses Abschnitts und die Strafvorschriften der §§ 19 bis 21 gelten, um Vorbereitung und Durchführung der nuklearen Mitwirkung im Rahmen des Nordatlantikvertrages vom 4. April 1949 oder für einen Mitgliedstaat zu gewährleisten, nur für Atomwaffen, die nicht der Verfügungsgewalt von Mitgliedstaaten dieses Vertrages unterstehen oder die nicht im Auftrag solcher Staaten entwickelt oder hergestellt werden.

Getäuscht und vertuscht: Zwei Autoren decken die "Atomlüge" auf.

Sascha Adamek. Die Atom-Lüge. Getäuscht, vertuscht, verschwiegen: Wie Politiker und Konzerne die Gefahren der Atomkraft herunterspielen, 2011.

Robert Spaemann. Nach uns die Kernschmelze. Hybris im atomaren Zeitalter, 2011.

http://www.gesetze-im-internet.de/krwaffkontrg/anlage_46.html Kriegswaffenliste

<http://de.wikipedia.org/wiki/Kategorie:Waffenhersteller>

<http://de.wikipedia.org/wiki/Kategorie:Rüstungshersteller>

<http://de.wikipedia.org/wiki/Kategorie:Rüstungsindustrie>

<http://www.wdr.de/tv/bab/sendungsbeitraege/2012/0502/waffenexporte.jsp>

Waffenexporte aus Europa. Die EU belegt Platz 1 bei Waffenlieferungen.

Wirtschaftskrise hin, Finanzkrise her, eine Branche boomt in Europa: die Rüstungsindustrie. Das Geschäft mit dem Krieg wächst: In den letzten fünf Jahren wuchs der Gesamtumsatz internationaler Rüstungsgeschäfte um ein Viertel. In Deutschland wurde sogar ein Zuwachs von 37 Prozent erreicht. Damit ist Deutschland der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Und die Länder der Europäischen Union zusammen sind sogar der größte Lieferant weltweit.

<http://www.bicc.de/ruestungsexport/>

Auf dieser Webseite stellt das BICC verschiedene Grunddaten zu Rüstung, Militär, Sicherheit, Menschenrechten und Regierungsführung in 170 Ländern zur Verfügung. Die Informationen sollen eine Einschätzung und Bewertung der deutschen Rüstungsexportpolitik erleichtern und orientieren sich deshalb an den Kriterien des von der Europäischen Union 2008 in einen Gemeinsamen Standpunkt übertragenen Verhaltenskodex für Rüstungsexporte.

Zum einen können auf dieser Seite ausführliche Länderportraits zu 27 ausgewählten Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte außerhalb der NATO als PDF Dokument heruntergeladen werden. Die Länderstudien wurden zuletzt im Juni 2012 aktualisiert.

<http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/573166/publicationFile/151333/GemeinsamerStandpunktEU.pdf>

GEMEINSAMER STANDPUNKT 2008/944/GASP DES RATES vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern

<http://www3.gkke.org/> Jährliche GKKE-Berichte zum deutschen Rüstungsexport

<http://www3.gkke.org/68.html> 2011

<http://www.amazon.de/Schwarzbuch-Waffenhandel-Deutschland-Krieg-verdient/dp/3453602374>

<http://www.weltbild.de/3/17142953-1/buch/schwarzbuch-waffenhandel.html> Schwarzbuch Waffenhandel von Jürgen Grässlin 2013

<http://www.weltderarbeit.de/start243.pdf> Laut dem Internal Displacement Monitoring Center (IDMC) mussten zwischen 2006 und 2010 etwa 730.000 Menschen hauptsächlich als Folge von Kampfeinsätzen der westlichen Truppen fliehen. Der Tod unschuldiger Menschen ist eine einzige Schande. Im Jahr 2006 wurden 929 Zivilisten getötet, 2007 waren es 1.523, 2008: 2.118, 2009: 2.412, 2010: 2.777. Im Jahr 2011 waren es nach bisherigen Schätzungen etwa 3.200. Auch Deutschland ist für diese Tötungen verantwortlich!

<http://www.jan-van-aken.de/themen/ruestungsexporte.html> <http://www.waffenexporte.org/>

<http://www.sueddeutsche.de/karriere/beruf-waffenentwickler-wer-denkt-sich-so-was-aus-1.1399604> 4. Juli 2012 13:47 Beruf Waffenentwickler. Wer denkt sich so was aus? Harald Buschek ist einer der besten Waffenentwickler in Deutschland

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/us-kongress-deutschland-ist-der-drittgroesste-waffenlieferant-a-89952.html>

Deutsche Waffenschmieden hätten im vergangenen Jahr Munition, Feuerwaffen und sonstiges Kriegsgerät im Wert von rund vier Milliarden Dollar ausgeführt, berichtet die "New York Times". Europa insgesamt

komme auf einen Exportwert von 6,9 Milliarden Dollar, heißt es unter Berufung auf eine Untersuchung des US-Kongresses.

Die Bundesregierung will demnächst einen Rüstungsexportbericht vorlegen. Sie bestätigte aber schon, dass in der Zeit von Oktober 1998 bis März 2000 für 10,747 Milliarden Mark Waffen aus Deutschland ins Ausland verkauft worden seien.

Weltgrößter Waffenlieferant sind nach wie vor die USA. Von dort wurde 1999 für 11,8 Milliarden Dollar Kriegsgerät verkauft. Die Vereinigten Staaten lieferten allein in Entwicklungsländer für 8,1 Milliarden Dollar Rüstungsgüter. Zwar sind die Gesamtzahlen noch nicht wieder auf den Höhepunkt von 1991 gestiegen, doch sind sie in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. 1997 lagen sie bei 7,7 Milliarden Dollar und 1998 bei 1,3 Milliarden Dollar.

Die russischen Waffenexporte stiegen binnen eines Jahres von 2,6 auf 4,8 Milliarden Dollar. Wie in der Vergangenheit wurden zwei Drittel der Waffen auch 1999 wieder in Entwicklungsländer verkauft.

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-77745588.html>

<http://www.regensburg-digital.de/terror-und-gewalt-made-in-germany/12112012/>

Terror und Gewalt made in Germany

<http://www.regensburg-digital.de/dreckige-waffen-deutsches-geld/08062010/>

Die Deutsche Bank ist übrigens nicht das einzige Finanzunternehmen, das Geschäfte mit den Streumunitionslieferanten und -herstellern macht: Die CMC-Studie nennt unter anderem die Allianz, die Commerzbank, die WestLB und – die BayernLB.

<http://www.stopclustermunitions.org/wp/wp-content/uploads/2011/02/worldwide-investments-in-cluster-munitions-april-2010-update-full-report-def.pdf>

“Worldwide Investments in Cluster Munition” Die komplette Studie als PDF

<http://almuc.blogspot.eu/2012/03/05/todestag-von-phillipp-muller/>

Philipp Müller würde dieses Jahr 81 Jahre alt werden. Doch am 11. Mai 1952 wurde er von der Polizei erschossen. An diesem Tag demonstrierte Philipp mit rund 30.000 anderen Menschen auf einer “Jugendkarawane” in Essen gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik.

<http://www.globalecho.org/33343/krieg-und-kapitalismus/>

<http://www.sipri.org/yearbook>

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article112224650/Schwarz-Gelb-holt-Soldaten-heim-ein-Maerchen.html>

Bundeswehr-Einsätze: "Schwarz-Gelb holt Soldaten heim" – ein Märchen.

Die Bundesregierung wollte die Zahl der Auslandseinsätze reduzieren – doch die Realität hat Deutschland eingeholt: Bundeswehr-Soldaten werden international künftig stärker gefragt sein als bisher.

<http://www.imi-online.de/> Informationsstelle Militarisierung (IMI)

Sigrid Dethloff, Sibylle van der Walt, Markus Zeidler. Riestern für die Rüstungsindustrie: Wie Geld aus Riestern-Verträgen in die Finanzierung geächteter Streumunition fließt. Monitor Nr. 609 vom 29.07.2010.

<http://www.wdr.de/tv/monitor//sendungen/2010/0729/riester.php5>

Afghanistan: Steuergelder für Warlords und Taliban? Monitor Nr. 608 vom 08.07.2010.

<http://www.wdr.de/tv/monitor//sendungen/2010/0708/afghanistan.php5>

"Deutschland hat eine Militärbasis in Usbekistan, und eine Menge Geschäfte mit Usbekistan. Wir erwarten eigentlich, dass Deutschlands politische Haltung sich deutlicher und kritischer mit den Menschenrechtsproblemen in Usbekistan auseinandersetzen sollte. Aber bis jetzt unterstützt Deutschland eher das Regime. 2007 wurden die Sanktionen, die 2005 von der Europäischen Union verhängt wurden, einfach wieder aufgehoben und ich denke, dass Deutschland dabei die Hauptrolle spielte", sagt die Journalistin und Menschenrechtsaktivistin Umida Niyazova.

<http://www.3sat.de/page/?source=/scobel/156670/index.html>

<http://www.3sat.de/page/?source=/scobel/156669/index.html>

Ex-Preisträger: EU hat den Nobelpreis nicht verdient. Deutsche Mittelstands Nachrichten vom 01.12.12.

In einem offenen Brief zeigen sich 52 Nobelpreisträger empört über die Verleihung des Preises an die EU. Die EU sei eindeutig kein Kämpfer für den Frieden. Auch die Preisträger anderer Nobelpreise halten nichts von der diesjährigen Auswahl.

<http://www.deutsche-mittelstands-nachrichten.de/2012/12/48557/>

Menschenrechtsverletzungen in Deutschland - eine Auswahl von tekman

<http://tekmanpost.wordpress.com/menschenrechtsverletzungen-in-deutschland/>

UNO zu Menschenrechtsverletzungen in Deutschland: Arbeitszwang und mangelnde Grundsicherung

<http://www.die-linke-grundeinkommen.de/WordPress/?p=2036>

Erstmal ist der Zwang zur Annahme eines Arbeitsplatzes mit dem Grundgesetz prinzipiell nicht zu vereinbaren – ich bin mir aber sicher, das man sich um diesen demokratischen Grundsatz schon erfolgreich herumgemogelt hat. Das Hereinregieren von Jobcentermitarbeitern (deren Qualifikationen generell sehr fraglich sind) in den privaten Haushalt stellt eine völlige Entmündigung da ... und wer nach noch mehr Sanktionen schreit, um die Arbeitslosen endlich von der Straße zu bringen und dabei nach Regelsatzstreichung schießt, der fordert nichts anderes als die ENDLÖSUNG der ARBEITSLOSENfrage mit brutaler Gewalt.

Verschwörungen in Deutschland und der Holocaust an Arbeitslosen VON EIFELPHILOSOPH · 15. MAI 2011

Neun von zehn Deutschen fordern neue Wirtschaftsordnung. Spiegel-online 18.08.2010.

In deutschen Großstädten herrscht Bauboom, doch statt Wohnungen werden Büros gebaut. Die Folgen: Das Land steuert auf eine ernsthafte Wohnungsknappheit zu, die Mieten steigen teils rasant, der Protest nimmt zu. Von Gerd Blank und Martin Motzkau, Stern 2009.

780000 Wohnungen - das sind 3,7 Prozent aller Wohnungen in Deutschland - standen 2008 leer und waren nicht zu vermieten. Davon entfallen 380000 auf Ostdeutschland inklusive Berlin und 400000 auf Westdeutschland. Quellen: Techem-empirica-Leerstandsindex; Dr. Michael Voigtländer. Der Immobilienmarkt in Deutschland, 28.06.2010.

Mann verbrennt sich vor Reichstag 13. Oktober 2012.

<http://www.stern.de/panorama/berlin-mann-verbrennt-sich-vor-reichstag-1909435.html>

Etwa ein Viertel der Erwachsenen in Deutschland hat keine ausreichenden Lese- und Rechenkompetenzen, um den Alltag problemlos zu bewältigen.

Oliver Wölfel, Bernhard Christoph, Corinna Kleinert und Guido Heineck. Grundkompetenzen von Erwachsenen. IAB-Kurzbericht 5/2011.

Studie Deutsches Jugendinstitut: Sexueller Missbrauch in Schulen, Kinderheimen und Internaten sehr hoch. Tageszeitung 13.07.2011.

Thema 2011/07 Schulen, Internate, Heime – konfrontiert mit sexueller Gewalt und sexuellen Übergriffen.

<http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=1103>

Jährlich werden in Deutschland 100.000 Menschen als vermisst gemeldet. Oft tauchen sie nach ein paar Tagen wieder auf. Doch manchmal hören Angehörige nie wieder etwas von ihnen. Der Düsseldorfer Autor Peter Jamin beschreibt in einem neuen Buch das Schicksal der Betroffenen.

Peter Jamin: Vermisst - und manchmal Mord. Verlag Deutsche Polizeiliteratur 2007.

Zum 1. März 2010 haben 111 Abgeordnete des Deutschen Bundestages eine oder mehrere Nebentätigkeiten angegeben, die mit mindestens 7 000 Euro monatlich vergütet werden. Diese Abgeordneten, mehrheitlich aus CDU (67) und FDP (25), können ihre gewinnträchtigen Aufsichtsrats- und sonstigen Pöstchen dann schnell als Hauptaufgabe begreifen; schließlich handelt es sich um die lukrativeren Tätigkeiten. Die Normalität der Käuflichkeit, 27.03.2010

<http://www.bleib-passiv.de/beitraege/manipulatives/160-die-normalitaet-der-kaeufllichkeit.html>

Mit blumigen Worten will uns unser der Finanzminister weis machen, dass für Steuerentlastungen der Bürger kein Geld da ist. Nur einen Tag danach beschließen die fürchterlichen Dilettanten eine Diätenerhöhung für 2012/2013 um insgesamt 584 Euro, vermutlich wie alles alternativlos. Seit 2009 wurden die Diäten nicht mehr angehoben? Das bricht einem glatt das Herz! Wie konnten die MdBs denn inzwischen die gestiegenen Lebenshaltungskosten bei einem Einkommen von 7.668 Euro auffangen? 27.06.2011.

Als eine ihrer ersten Amtshandlungen hat die neue Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) die nächste Fördertranche für Projekte zum Reformationsjubiläum 2017 freigegeben. Grütters gab am 20. Dezember 2013 21 Projekte bekannt, die bis einschließlich 2016 mit 1,8 Millionen Euro unterstützt werden.

<http://www.3sat.de/page/?source=/kulturzeit/news/174172/index.html>

Bundestag gibt 700 000 Euro für Werbegeschenke aus.

<http://www.bild.de/politik/inland/bundestag/bundestag-gibt-700000-fuer-werbe-geschenke-aus-34006440.bild.html>

Nazi Goebbels' descendants are hidden billionaires.

<http://www.jpost.com/International/Article.aspx?id=301361>

Stefan Glaser. Bericht Rechtsextremismus online, 2010, jugendschutz.net, Wallstraße 11 55122 Mainz.

Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler. Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012.

„Die Annahme des CDU/CSU/FDP-Antrages "60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Aussöhnung vollenden" durch die Mehrheit des Bundestages am 10. Februar 2011 ist ein falsches geschichtspolitisches Signal.“ - Mehr als 50 namhafte internationale Historiker haben sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen den am Donnerstag vom Deutschen Bundestag angenommen Antrag gewandt.

Endlose Justizverbrechen durch Richter: Aussagen namhafter Richter und Erfahrungen von Organisationen früherer Richter beim OLG Köln Dr. Egon Schneider, jetzt Rechtsanwalt.

<http://volksbetrugpunkt.net.files.wordpress.com/2012/12/justiz.pdf>

In Nazi-Deutschland wurden die Gerichte und die Rechtsprechung dazu benutzt, mörderische Herrschaftsstrukturen an der Macht zu halten, während die Massenmedien eine Propagandafunktion erfüllte. Und heute ist es scheinbar nicht viel anders.

<http://www.mmnews.de/index.php/etc/11600-die-justiz-unsere-heimlichen-feinde>

Gauck/Birthler Behörde unter der Lupe der Wissenschaftler : Gutachten über Beschäftigung ehemaliger.

<http://www.wikileaks.org/wiki/Stasi-in-bstu.pdf> <http://wlstorage.net/file/stasi-in-bstu.pdf>

<http://adamlauks.wordpress.com/2013/02/01/gutachten-uber-beschaeftigung-ehemaliger-mfs-angehoeriger-in-der-bstu-im-auftrag-des-bundesministerium-fur-kultur-und-medien-mai-2007/>

Mainhardt von Nayhauß. Kauderwelsch - Die Sprache der Politiker, Edition Lingen Stiftung 2012.

<http://blog.edition-lingen-stiftung.de/?p=46>

„Wer die Wahrheit nicht weiß, ist ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher.“ Berthold Brecht

Klaus Kandt
Der Polizeipräsident in Berlin
Platz der Luftbrücke 6
12101 Berlin

9.10.2014

Strafantrag

Ich beantrage die Einleitung strafrechtlicher Verfahren gegen Berichtbestatter Görlich, Verwaltungsgericht Berlin, Kirchstr. 7, 10557 Berlin, wegen Rechtsbeugung, Nachstellung, Erpressung, Nötigung, Erschleichen von Leistungen, Gebührenüberhebung; gegen Landgericht, Littenstraße 12-17, 10179 Berlin, wegen Gebührenüberhebung, Rechtsbeugung, Erpressung; gegen Staatsanwältin Benrath, Kirchstraße 7, 10557 Berlin wegen Rechtsbeugung, Unterlassen der Diensthandlungen, sowie gegen alle oben genannter Beschuldigten wegen Straftaten, die in Anträgen vom 2.06.2014, 6.08.2014, 18.08.2014 und 22.09.2014 genannt sind.

In meinem Schreiben vom 8.08.2014 an die Präsidentin des Verwaltungsgerichts forderte ich die Neuaufnahme des dort genannten Verfahrens u.a. wegen Befangenheit des Berichtbestatters Görlich. Meine berechnete Forderung sowie weitere Gründe, die ich im Strafantrag vom 6.08.2014¹⁻³ darlegte, wurden ignoriert, was das Schreiben vom 25.09.2014 mit einer Ladung zur mündlichen Verhandlung am 28.10.2014 beweist. Kein Rechtsanwalt wurde mir beigeordnet, ob die Vertreter der Gegenseite vorgeladen wurden, bleibt unbekannt. Das Schreiben erging im Namen des oligophrenen Triebtäters Görlich, der mich unnachgiebig verfolgt, obwohl seine Inkompetenz und Dummheit aus seinen pseudologischen Aufsätzen hervorgeht, in denen Diskontinuität seiner Wahrnehmung offensichtlich wird. Dieser selbsternannte Richter ist in Wirklichkeit ein Psychopath mit wahnhaften Zwangsvorstellungen und Zwangshandlungen (ICD-10 F71.8, F60.2), weswegen er rücksichtslos und serienmäßig Straftaten im Amt begeht, und seine Tätigkeit die Amtsanmaßung darstellt. Die Abwesenheit einer Urteilsvermögen und der Fähigkeit, seine Handlungen kritischer Bewertung zu unterziehen, äußert sich auch in einer Strafanzeige, die er oder seine Komplizen gegen mich stellten, um meine Beschuldigungen zu pervertieren und umzukehren (§164 StGB Falsche Verdächtigung).

Das kriminelle Tun von Görlich ergänzen Handlungen anderer Straftäter, die im Namen des vermeintlichen Rechts Rechtsbruch und Rechtsbeugung betreiben. So erhielt ich eine rechtswidrige Zahlungsaufforderung wegen nichterbrachter Leistungen des Landgerichts, und in völliger Ignoranz meiner Mittellosigkeit, die im Verfahren S 90 SO 1839/14 ER beim Sozialgericht festgestellt wurde und bis heute fortbesteht. Wegen betrügerische Tätigkeit eines kriminellen Vereinigung der Pseudorichter, zu denen auch die Täter bei dem Landesgericht Berlin angehören, wurde Strafantrag am 22.09.2014 gestellt⁴.

In Strafanträgen vom 2.06.2014 und 18.08.2014⁵ forderte ich die Auflösung krimineller Vereinigung homosexueller Straftäter und die Bestrafung von Bandenmitglieder, einschließlich Klaus Wowereit und Adrian Voigt. Da bisher keine Ermittlungen aufgrund meiner Strafanträge eingeleitet wurden, was meine

These über korruptives Verhalten der Staatsanwälte bestätigt, beantrage ich die Zerschlagung dieser krimineller Vereinigung, die Verhaftung und strafrechtliche Verurteilung deren Mitglieder.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen.

1 Verwaltungsgericht Berlin 15 L 208.14, 15 K 209.14

http://www.facebook.com/note.php?note_id=713855902004309

2 Recht versus Gesetz - Strafantrag von 6.08.2014

http://www.facebook.com/note.php?note_id=748705098519389

3 Die Ausländerbehörde als institutionalisierter Fremdenhass.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=748702211853011

4 Rechtsnihilismus.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=768791706510728

5 Strafantrag vom 2.06.2014.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=712031162186783

Bestien.

Klaus Kandt
Der Polizeipräsident in Berlin
Platz der Luftbrücke 6
12101 Berlin

15.10.2014

Strafantrag

In Ergänzung meines Antrags beim Internationalen Strafgerichtshof vom 10.12.2012, und aufgrund Artikel 26 und 34 Grundgesetz BRD beantrage ich die Verhaftung und strafrechtliche Verurteilung aller Mitglieder der Bundesregierung, einschließlich Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Joachim Gauck, wegen Amtsanmaßung, Betrug, Bestechlichkeit, Rechtsbeugung, Belohnung und Billigung von Straftaten, Vorteilsannahme, Vorteilsgewährung, Bankrott, Verfolgung und Vollstreckung gegen Unschuldige, Bildung krimineller und terroristischer Vereinigung und anderer Straftaten (§§ 23, 80, 80a, 100, 108a, 111, 129, 129a, 130a, 132, 140, 170, 171, 174b, 180, 180a, 201-204, 206, 211, 221, 222, 225, 229, 232, 233, 233a, 240, 241, 241a, 242, 249, 253, 263, 264, 264a, 265a, 266, 283, 307, 310-311, 324-330a, 331-333, 336, 339, 344, 345, 353 StGB), sowie wegen widerrechtliche Anwendung des § 70 StGB Berufsverbot.

Im Weiteren beantrage ich die Räumung von Gebäuden einzelner Ministerien, die Verhaftung darin tätiger Personen, und deren strafrechtliche Verurteilung wegen Beihilfe zu genannten Straftaten und Beteiligung an krimineller und terroristischer Vereinigung.

In vergangenen Jahren appellierte ich mehrmals an die Minister/innen der Bundesregierung, und forderte wirksamen Rechtsschutz und rehabilitierende Maßnahmen zwecks Wiederherstellung meiner Gesundheit. Meinen berechtigten Forderungen, die ich in mehreren Schreiben formulierte und an Ulla Schmidt, Philipp Rösler, Daniel Bahr (Bundesministerium für Gesundheit), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, H.-P. Friedrich (Bundesministerium der Justiz), Johanna Wanka (Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung), Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung Markus Löning adressierte ¹⁻⁵, wurde in keiner Weise entsprochen.

Nach einem Raubüberfall am 14.03.2014 forderte ich sofortigen Rücktritt des Bundesinnenministers Thomas de Maizière, des Bundesjustizministers Heiko Maas, und der Bundesministerin für Bildung und Forschung Johanna Wanka, - nichts geschah, niemand wurde bestraft, niemand zurückgetreten ⁶⁻⁷.

Am 4. Mai dieses Jahres reiste ich nach Berlin, um die Wiederherstellung meiner Rechte zu erreichen - bis heute werden Hexenjagd und nazistische Hetze fortgesetzt, ich werde grundlos bestraft, beleidigt und mißhandelt. Der Willkür sind weiterhin keine Grenzen gesetzt - ungeachtet meiner Strafanträge vom 2.06.2014, 24.06.2014, 6.08.2014, 18.08.2014, 7.09.2014, 22.09.2014, 30.09.2014 und 9.10.2014.

Obwohl der Tätigkeit der Bundesregierung rechtlichen Rahmen gesetzt sind, betreibt sie widerrechtliche Bespitzelung der Bürger, führt Angriffskriege, unterstützt international agierende terroristische und kriminelle Organisationen wie NATO, Europäische Union, Ukrainische Regierung. „Merkel ist mit die Erste, die die ukrainische Putsch-Regierung anerkennt, protegiert und mit hohen dreistelligen Millionensummen unterstützt. Wohlgermerk[el]t, eine Regierung die durch einen klassischen Putsch, mit vielen Morden, illegal die Macht ergriffen hat. Parlamentarier wurden geschlagen und ihre Familien bedroht - ausreichend eindeutiges Audio- Videomaterial im Netz vorhanden.“⁸ Seit Beginn des Konfliktes in der Ukraine wurden über 3660 Menschen getötet, 8756 verletzt und 375 792 vertrieben - mit freundlicher Unterstützung der Bundesregierung.

Um alle diese Verbrechen zu finanzieren, werden öffentliche Gelder veruntreut und gemeinschaftliche Ressourcen verschwendet. Die Bundesregierung ist das größte und größtenwahnsinnige Sozialamt Deutschlands, die Hunderte von Milliarden Steuer eintreibt, um diese einschließlich an faule, unfähige und unmenschliche Bedienstete des national-sozialistischen Staates zu verteilen. Dieser organisierte Raub und die Umverteilung geraubtes Geldes an die Mitglieder einer kriminellen Vereinigung von Beamten ist mit nichts zu rechtfertigen, und stellt reine Verschwendung und Betrug dar. „Aus ökonomischer Sicht handelt es sich beim Staat um eine parasitäre Verbrecherbande. Das Vermögen wird auf Kosten der „Ausgebeuteten“ in Richtung der „Ausbeuter“ umverteilt. Alle anderweitigen Auffassungen stammen von Leuten, die bestenfalls nicht die geringste Ahnung davon haben, wie die Wirtschaft funktioniert, oder Sie schlimmstenfalls als Steuersklave auspressen wollen.“⁹ Die Tätigkeit der Bundesregierung hat nichts mit Nachhaltigkeit, Vernunft oder Sinn zu tun, vielmehr handelt es sich um die Verteidigung der Machtansprüche und psychopathische Manifestation der Wille zur Macht, wodurch sich die gefälschten wissenschaftlichen Dokortitel, die Snowden-Affäre, Kindersoldaten bei der Bundeswehr, ein vom Deutschen Boden gesteuerter Drohnen-Krieg und viele andere Verbrechen erklären. Die genannten und anderen Straftatbestände lassen folgende Schlußfolgerung zu: Die Regierung der BRD besteht aus psychisch kranken Kriminellen, die alle an Schizophrenie und narzistischer Selbstüberschätzung leiden.

Unter Berücksichtigung paranoider Machtbesessenheit wird verständlich, warum für die selbsternannte Elite, die die Bundesregierung miteinschließt, die Landesbevölkerung einen inneren Feind darstellt, wogegen alle Methoden und Mittel gut sind, um ihn zu bekämpfen. So werden z.B. chemischen Waffen in der Form von Medikamenten eingesetzt, um die Leute zu vergiften. Oder die Volkskrankheiten werden absichtlich und böswillig gefördert, obwohl oder gerade weil bekannt ist, daß Stress, Lärm, falsche Ernährung, Mangel an Bewegung, Alkohol, Tabak, Umweltverschmutzung und vieles mehr Diabetes, Allergien, asthmatische Erkrankungen, Herzleiden, Krebs, Kopfschmerzen und andere Krankheiten verursachen. Warum etwas dagegen tun, wenn die chronisch verlaufenden Krankheiten die größten Profite für kriminelle ärztliche Vereinigung einbringen, und die Mitglieder dieser Vereinigung gar nicht daran interessiert sind, die Kranken zu heilen, sondern sich an ihnen zu bereichern?¹⁰

Die faschistische verbrecherische Elite isolierte sich von übriger Bevölkerung, indem sie die Polizei und die Armeen übriger Beamten unterhält, die Gefängnisse und die KZ-ähnliche Arbeitsstätte errichtete. Nichts ist für sie zu teuer, wenn es um den Erhalt der Macht geht - wertvolle Ressourcen werden verschwendet, um status quo zu sichern. Die verbrecherischen Hartz-4-Gesetze, die zahlreichen Opfer forderten¹¹, werden bis heute umgesetzt, die Verantwortlichen bleiben weiterhin auf freiem Fuß. Die Bevölkerung soll bis zum Verlust des Bewußtseins arbeiten und konsumieren, oder mit irgendwas anderem beschäftigt sein,

Hauptsache keine politischen Forderungen stellen und die Änderung der Verhältnisse verlangen. Dennoch sind nicht alle verblendet, und einige verfassen verzweifelte Schreiben an den russischen Präsidenten mit der Bitte, sie vom Faschismus zu befreien. Der Adressat ist vielleicht falsch, aber die Intention ist unzweifelhaft richtig ¹²⁻¹⁴.

Die Kritiker dieses verbrecherischen System werden totgeschwiegen und mundtot gemacht, um sich jeglicher Konkurrenz zu entledigen. Mit staatlich betriebener Propaganda hetzt man die Leute gegeneinander auf, um zu teilen und zu herrschen, um die Sinne zu verwirren und die Köpfe der Leser, Zuschauer und Zuhörer mit Informationsmüll zu verschütten. „Die Leitartikel der Zeitungen waren entsetzlich. Sie waren verlogen, blutrünstig und arrogant. Die Welt außerhalb Deutschlands erschien ihnen degeneriert, heimtückisch, dumm und zu nichts anderem nütze, als von Deutschland übernommen zu werden.“ ¹⁵ Die Methoden der Verdummung sind zahlreich, das Ergebnis ist gleich - die Zerstörung der Gesundheit, kognitiver Fähigkeiten, des sozialen Zusammenhalts.

Nicht anders agierte katholische Kirche in der Vergangenheit - mit Inquisition und Kreuzzügen - um ihre Macht zu erhalten. Vergeblich, wie man aus der Geschichte kennt. So soll auch gegenwärtige Kirche des freien demokratischen Unrechtsstaates und national-sozialistischer Marktwirtschaft mit strafrechtlichen Mittel zerschlagen und zerstört werden, um dem verbrecherischen Tun und Treiben mordlusternder Bestien ein Ende zu setzen.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen.

1 Ultimatum an den Bundespräsidenten Joachim Gauck.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=463588160364419

2 Öffentliche Aufforderung an den Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=460802247314503

3 Öffentliche Aufforderung an den Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler.

4 Öffentliche Aufforderung an den Bundesminister H.-P. Friedrich.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=498558320200736

5 Öffentliche Aufforderung an die Bundesministerin Johanna Wanka.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=498560263533875

6 Strafantrag vom 15.03.2014.

<http://www.enzymes.at/indictments/LKANiedersachsen.pdf>

7 Strafantrag vom 19.03.2014.

<http://www.enzymes.at/indictments/LKAHessen.pdf>

8 <https://www.freitag.de/autoren/der-souveraen/je-krimeller-desto-merkel-bundesregierung>

9 Murray Rothbard. Power and Market, 1970.

<http://www.propagandafront.de/1133730/der-staat-nichts-weiter-als-eine-parasitare-verbrecherbande.html>

10 Regina Nowack. Korrupte Medizin und kollaborierende Behörden – wie Patienten und Verbraucher betrogen werden, 2009.

11 <http://dieopferderagenda2010.wordpress.com/>

12 Liste ehemaliger NSDAP-Mitglieder, die nach Mai 1945 politisch tätig waren.

http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_ehemaliger_NS_DAP-Mitglieder,_die_nach_Mai_1945_politisch_t%C3%A4tig_waren

13 <http://anti-merkel.blog.de/>

14 Ulla Jelpke. Wie SS-Verbrecher zu »Freiheitskämpfern« erklärt werden.

<http://www.sopos.org/aufsaeetze/52b705a982c0e/1.phtml>

15 Erich Maria Remarque. Die Nacht von Lissabon, 1962.

Liste der Unterzeichner des Antrags beim Internationalen Strafgerichtshof:

<http://www.enzymes.at/indictments/ICC4.pdf>

<http://www.change.org/petitions/antrag-auf-aufnahmestrafrechtlicher-ermittlungen>
zur Zeit 655 Unterschriften

Staatskriminelle.

Christian Steiof
Landeskriminalamt Berlin
Abt. 4 Organisierte Kriminalität
Tempelhofer Damm 12
12101 Berlin

31.10.2014

Ich beantrage die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen gegen einzelne Staatsanwälte, die im Text meines Antrags genannt sind, sowie gegen Staatsanwaltschaft Berlin insgesamt wegen Betrug, Belohnung und Billigung von Straftaten, Strafvereitelung im Amt, Rechtsbeugung, Unterlassen der Diensthandlung, Amtsanmaßung, Erschleichen von Leistungen, Bildung krimineller Vereinigung (§ 129, 132, 140 258a, 265a, 336, 339, StGB). Im weiteren beantrage ich eine sofortige Suspendierung genannter Personen aus dem Dienst bzw. deren fristlose Entlassung.

Am 4. Mai dieses Jahres bin ich nach Berlin gereist, um die Wiederherstellung meiner Rechte, die vorher willkürlich außer Kraft gesetzt wurden, zu bewirken. Zu diesem Zweck wurden bei den Berliner Gerichten Klagen eingereicht und Anträge gestellt, dennoch besteht bis heute das Berufsverbot, die Entrechtung wird fortgesetzt, weiterhin bin ich von meinem Freund getrennt, ohne die Möglichkeit, diese Trennung endgültig zu überwinden, meine weiteren Forderungen werden mißachtet, wie in folgenden Quellen dargelegt wurde: Klage und Antrag beim Amtsgericht Mitte vom 24.06.2014; Verfahren 32 O 351/14, 86 O 226/14, 28 O 335/14, 28 O 326/14, 28 O 320/14, 52 O 177/14, 52 O 181/14, 28 O 323/14 beim Landgericht Berlin, 20 C 1006/14 beim Amtsgericht Mitte, 11 C 1006/14 Amtsgericht Neukölln, 37 Ga 7739/14 beim Arbeitsgericht, VG 15 K 209.14, 15 L 208.14 beim Verwaltungsgericht, S 146 SO 2660/14 ER, S 50 SO 2510/14 ER, S 90 SO 1839/14 ER beim Sozialgericht; L 15 SO 275/14 B ER und L 15 SO 263/14 B ER beim Landessozialgericht.

Infolge juristischer Unterlassung, Mißachtung meiner berechtigten Forderungen und Bedürfnisse, Rechtsbruch und Widerhandlung gegen geltendes Recht wurden mir weitere 6 Monate meines Lebens unwiederbringlich gestohlen. Die Auszahlung der Sozialhilfe wird ab September widerrechtlich und böswillig verweigert. Inzwischen gibt's Versuche, die Hexenjagd und rassistische Hetze, denen ich in Essen ausgesetzt war, in Berlin fortzuführen, um mich grundlos zu bestrafen, zu beleidigen und zu mißhandeln.

Da ich mich seit Ende Mai in einer psychotherapeutischen Behandlung befinde, können beschriebenen Umstände und vorsätzlichen Handlungen alle Bemühungen meiner Psychotherapeutin zunichte machen, und mich in eine lebensbedrohliche Lage versetzen, womit die Voraussetzungen für den Straftatbestand gefährliche Körperverletzung erfüllt sind.

Ungeachtet meiner Strafanträge vom 2.06.2014, 24.06.2014, 6.08.2014, 18.08.2014, 7.09.2014, 11.09.2014, 22.09.2014, 25.09.2014, 30.09.2014, 9.10.2014, 15.10.2014, 25.10.2014, sind der Willkür weiterhin keine Grenzen gesetzt. Die Staatsanwälte, die angeblich im Dienst einer Rechtsordnung und des Rechts tätig sind, wofür sie auch bezahlt werden, aber in Wirklichkeit mit ihren Handlungen oder Unterlassungen jegliche

Rechtsordnung untergraben¹, tun das absichtlich und böswillig, nicht nur, weil ihnen jegliche Rechtsvertretung fehlt², sondern auch, weil sie sich an der Seite der Kriminellen und Rechtsbrecher stellten und zu ihren Komplizen machten³. Daß kein/e Staatsanwalt/in gegen eine/n andere/n Staatsanwalt/in, Richter/in oder übrigen Staatsdiener ermittelt wird, geschweige denn, gegen sie strafrechtliche Verfahren einleitet und im Strafprozess Anklage erhebt, davon war auszugehen: Eine Krähe hackt einer anderen kein Auge aus. Aber weil es sich eben nicht um eine Vogelschar handelt, sondern um die Amtsträger im Dienst von Recht und Ordnung, soll diese kriminelle und terroristische Vereinigung von Staatsanwälte, Richter und übrigen Beamten mit strafrechtlichen Mitteln zerschlagen werden.

Der Hauptgrund für eine solche Vorgehensweise ist die national-sozialistische Gesinnung der Beamten, was sie unempfindlich für offensichtlichen Wahrheiten macht, und die Notwendigkeit strafrechtlicher Verfolgung von Straftäter sowie die Aufklärung von Straftaten aufhebt. Darüber hinaus, geschieht die Verleugnung der Realität in Wort und Handlung aufgrund psychischer Abwehrvorgänge, die in psychoanalytischer Literatur beschrieben und aufgeklärt sind⁴, weswegen ein Bedarf besteht, die betroffenen Personen in psychoanalytische Behandlung zu verweisen, und ihnen entsprechende Therapie anzuordnen. Eine solche Maßnahme ist auch damit zu begründen, daß den betroffenen Personen jegliches Einfühlvermögen fehlt, was auf psychopathische Persönlichkeitsstruktur hinweist⁵, und was mit der Tätigkeit, mit der sie beauftragt sind, unvereinbar ist.

Wie aus den Schreiben der Staatsanwälte ersichtlich ist, erfolgte keine strafrechtliche Bewertung der Handlungen bzw. Unterlassungen, die in meinen Strafanträgen geschildert sind, die Begründung von Einstellung der Strafverfahren fehlt und erfolgt in routinemäßig angewendeten Sätzen mit wenigen Variationen. Es wird nur auf einzelne Paragraphen der Strafprozessordnung hingewiesen, was Eindruck der Rechtmäßigkeit erwecken sollte. Im Einzelnen handelt es sich um die Verfahren 284 Js 1469/14, 284 Js 1881/14 A, 133 AR 364/14, 276 Js 1346/14, 276 Js 1702/14, 283 Js 3600/14 A, 231 Js 2205/14, 283 Js 4075/14, 256 Js 3495/14, 235 UJs 917/14 aufgrund meiner Strafanträge vom 2.06.2014, 24.06.2014, 6.08.2014, 18.08.2014, 7.09.2014, 11.09.2014, und die Stellungnahmen der Staatsanwälte bzw. Oberstaatsanwälte Adrian Voigt, Benrath, Dr. Reiff, Weidling, Dr. Palomo Suarez, Heckt, Amkreutz, Baum, Dr. Mengelkoch, Dr. Mix, wobei kein einziges Schreiben von Staatsanwälten selbst unterzeichnet wurde (wenn überhaupt), was die berechtigte Frage aufwirft, inwieweit diese angebliche Überprüfung der Straftatbestände stattfand, und ob solche Schreiben zum Zwecke der Fälschung angefertigt werden, die systematisch betrieben wird.

Die Staatsanwälte Amkreutz und Baum erkannten am 8.10.2014 und 9.10.2014 keine strafbare Handlungen in der Tatsache, daß ein Pseudorichter vom Arbeitsgericht die widerrechtliche Anwendung des § 70 Berufsverbot für rechtens erklärte, und der Staatsanwalt Baum gab beiden seinen Komplizen im Schreiben vom 9.10.2014 die Deckung. Mein Strafantrag⁶ wurde offensichtlich nicht zu Ende gelesen, weil ich dort noch die Einleitung strafrechtlicher Verfahren gegen kriminelle akademische Vereinigung forderte - diese Forderung hat offensichtlich sein Hirn überfordert.

Nachdem der Oberstaatsanwalt Heckt den Pseudorichter Görlich freispach, könnte er und seine Komplizen von der Ausländerbehörde ungehindert ihre rassistisch motivierte Straftaten fortführen, was auch mit dem Schreiben vom 2.09.2014 beabsichtigt war⁷.

Die Strafanträge gegen kriminelle Homosexuellen-Vereinigung und deren Repäsentant Staatsanwalt Adrian Voigt wurden von Staatsanwältin Benrath untersucht, keine Straftatbestände gefunden, die Unterlassungsschreiben erging am 22.09.2014. Leitender Oberstaatsanwalt Dr. Reiff von der Zentralstelle Korruptionsbekämpfung der Generalstaatsanwaltschaft Berlin teilte mir am 27.08.2014 mit, daß er für beschriebenen Korruptionsfall nicht zuständig ist⁸.

Staatsanwalt Weidling fand in Handlungen und Unterlassungen einer kriminellen und terroristischen Vereinigung der Beamten und Politiker, einschließlich Senator für Gesundheit und Soziales Mario Czaja keine Straftatbestände. Das Schreiben ist nicht unterzeichnet, und aus dem Inhalt ist ersichtlich, daß der Verfasser nicht einmal versteht, was er aus einer Vorlage abgeschrieben hat: „Das Recht zur Beschwerde nach § 172 Abs. 1 der StPO hat der Antragsteller nur, wenn und soweit er zugleich durch die behauptete Straftat verletzt ist. Verletzter im Sinne der §§ 171 ff StPO ist nur derjenige, in dessen Rechte die Folgen einer mit Strafe bedrohten Handlung unmittelbar eingreifen.“ Laut Schreiben von Weidling, bin ich durch die behaupteten Straftaten nicht verletzt, und die Folgen einer mit Strafe bedrohten Handlung in meine Rechte überhaupt nicht eingreifen. Wer soll daran glauben? Staatsanwalt Dr. Palomo Suarez gab seinen Komplizen die Deckung, was er mir in seinem Schreiben vom 10.10.2014 mitteilte⁹. Gleichfalls war in Handlungen einer Person Namens Stolte vom Sozialgericht nichts zu finden, was mein Leben und meine Existenz unmittelbar bedrohte (laut Schreiben der Staatsanwältin Dr. Mengelkoch vom 13.10.2014)¹⁰.

Anlässlich eines Schreibens von Dr. Mix vom 17.10.2014 sollte man sich fragen, wie kann jemand mit einem Dokortitel keinen Zusammenhang zwischen Straftaten, die gegen mich begangen wurden, und rechtswidrigen Zahlungsaufforderungen, die irreführenderweise an mich gerichtet sind, herstellen?¹¹

Der Generalstaatsanwalt Ralf Rother wurde mit Schreiben vom 18.08.2014 über meine Absichten informiert¹². Wenn er nicht bereit oder nicht imstande ist, seinen Teil der Arbeit zu übernehmen, soll er doch abtreten, und nicht darauf warten, bis ich ihn dazu auffordere.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen.

1 „In ihrem Eichmann-Buch meint Hannah Arendt, daß der totalitäre Täter „unter Bedingungen handelt, die es ihm beinahe unmöglich machen, sich seiner Untaten bewußt zu werden“. Auch sonst wird die Besonderheit der totalitären Gewaltkriminalität ft in einer für Kollektivbewegungen typischen Umwertung aller Werte gesehen, die dazu führt, daß selbst ungeheuerlichste Grausamkeiten mit „gutem Gewissen“ verübt werden und denen, die sie ausführen, das Gefühl für die Rechtswidrigkeit und Unmenschlichkeit ihres Handelns fehlt, ja, daß die Täter ihre Untaten sogar mit dem positiven Vorzeichen der „sozialen Notwendigkeit“ und „Pflichterfüllung“ versehen. ... Bei der Beurteilung der rechtspsychologischen Situation der Täter ist natürlich die Lage der Opfer von zentraler Bedeutung. Denn nicht nur die eigene Lage der Funktionäre, ihre Befehls-, Gehörsams- und Eidesbindung, ließ Rückschlüsse auf die rechtliche Situation zu, sondern gerade die Totalentrechtung der Opfer zeigte mit nicht mehr zu übertriebener Drastik, daß die Normen, die im SS-Apparat befolgt wurden, reine Machtnormen waren, organisatorische Normen zur Steuerung des Terrors, denen der Charakter von Rechtssätzen fehlte.

Das Verfolgungsverbrechen ist auch nicht, wie andere Straftaten, Verstoß gegen eine einzelne Norm, die Teil einer umfassenden, in der Gemeinschaft gelebten und praktizierten Gesamtrechtsordnung ist, sondern Mitwirkung an einem kollektiven Frontalangriff gegen das Recht an sich, d.h. Teilnahme an der Verwirklichung eines technisch durchorganisierten Ausnahmestandes absoluter Rechtslosigkeit für einzelne und Gruppen, die somit nicht nur in bezug auf bestimmte geschützte Rechtsgüter beeinträchtigt und geschädigt wurden, sondern denen „das Recht, Rechte zu haben“ (in Worten von Hannah Arendt in Elementen totalitärer Herrschaft, 1958), überhaupt genommen wurde.“ Herbert Jäger. Verbrechen unter totalitärer Herrschaft, 1967, III. Das Unrechtsbewußtsein totalitärer Täter.

2 „Die Frage nach einem Unrechtsbewußtsein im Dritten Reich sei bei den Nazis und ihren konformistischen Mitläufern sinnlos.“ F. Bauer. Das Problem der Schuld im Strafprozeß mit politischem Hintergrund, 1961. Auch Schmidhäuser meint: „Eine besondere Art der Abstumpfung ergab sich auf Grund staatlicher Anordnung der Verbrechen und Herausnahme der Täter aus jeder Strafverfolgung.“ E. Schmidhäuser. Über die Aktualität und Potentialität des Unrechtsbewußtseins, in: Festschrift für Hellmuth Mayer, 1966.

3 Herbert Jäger. Verbrechen unter totalitärer Herrschaft, 1967, insbesondere Kapitel III Das Unrechtsbewußtsein totalitärer Täter, Unterkapitel 5 Aspekte des Hemmungsabbaus, und dort über die Institutionalisierung des Terrors (III 5 h).

4 Anna Freud. Das Ich und die Abwehrmechanismen, 1936, 7. Kapitel: Die Verleugnung in Wort und Handlung; 8. Kapitel: Die Ich-Einschränkung.

5 Vamik D. Volkan. Großgruppen und ihre politischen Führer mit narzistischer Persönlichkeitsorganisation. In: Otto F. Kernberg, Hans-Peter Hartmann (Hrsg.) Narzissmus. Grundlagen, Störungsbilder, Therapie. Schattauer, 2006.

6 Kriminelle akademische Vereinigung - Strafantrag vom 18.08.2014.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=759311267458772

Schreiben von SA Amkreutz im Verfahren 231 Js 2205/14 vom 8.10.2014 gegen Fuchs

Schreiben von SA Baum im Verfahren 283 Js 4075/14 vom 9.10.2014

7 Recht versus Gesetz - Strafantrag von 6.08.2014

http://www.facebook.com/note.php?note_id=748705098519389

Schreiben von OberSA Heckt im Verfahren 283 Js 3600/14 A vom 2.09.2014

8 Strafantrag vom 2.06.2014.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=712031162186783

Schreiben von SA Adrian Voigt im Verfahren 284 Js 1469/14 vom 24.07.2014

Schreiben von SAin Benrath im Verfahren 284 Js 1881/14 A vom 22.09.2014

Schreiben von Leitenden OberSA Dr. Reiff im Verfahren 133 AR 364/14 vom 27.08.2014

9 Strafantrag vom 24.06.2014.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=720518164671416

Schreiben von SA Weidling vom 6.08.2014 im Verfahren 276 Js 1346/14 gegen Mario Czaja und andere

Schreiben von SA Dr. Palomo Suarez vom 10.10.2014 276 im Verfahren Js 1702/14 gegen Weidling

10 Strafantrag vom 7.09.2014

http://www.facebook.com/note.php?note_id=762346383821927

Schreiben von SAin Dr. Mengelkoch im Verfahren 256 Js 3495/14 vom 13.10.2014

11 Sozialgericht - Strafantrag vom 11.09.2014.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=729553787101187

Schreiben von SA Dr. Mix im Verfahren 235 UJs 917/14 vom 17.10.2014.

12. Kopie des Schreibens vom 18.08.2014.

Ralf Rother
Generalstaatsanwalt
Eißholzstraße 30 – 33
10781 Berlin

18.08.2014

Verehrter Generalstaatsanwalt !

Am 4. Mai dieses Jahres bin ich nach Berlin gereist, um die Wiederherstellung meiner Rechte, die vorher willkürlich außer Kraft gesetzt wurden, zu bewirken. Heute kann ich eine Zwischenbilanz ziehen: Nach wie vor besteht ein Berufsverbot, die Entrechtung wird fortgesetzt, weiterhin bin ich von meinem Freund getrennt, ohne die Möglichkeit, diese Trennung endgültig zu überwinden, meine weitere Forderungen werden mißachtet.

Meine Bemühungen, das geschehene Unrecht zu berichtigen, brachten bisher kein spürbares Ergebnis, was im Wesentlichen auf juristische Unterlassung zurückzuführen ist. Meine Strafanträge und Klageschriften werden unbegründet abgewiesen, was mich dazu veranlasst, Sie persönlich anzusprechen.

Ich beschäftige mich keinesfalls nur damit, meine eigene Rechte zu verteidigen. Vielmehr besteht mein Anliegen darin, die Rechtsordnung, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht existent ist, zu errichten. Sie können sich gerne an meinem Vorhaben beteiligen, dieser Rechtsweg steht Ihnen offen. Falls Sie aber jegliche Kooperation bei der Umsetzung meines Vorhabens ablehnen oder beabsichtigen, meine bürgerrechtliche Tätigkeit zu behindern, verlange ich, daß Sie Ihren Rücktritt erklären, oder ich werde Sie zu diesem Schritt zwingen.

Dr. Andrej Poleev

Schreiben an Vertrauensanwalt zur Korruptionsbekämpfung des Landes Berlin.

<http://www.facebook.com/notes/715277785195454>

An die deutsch SS: Widerstand ist zwecklos !

<http://www.change.org/de/Petitionen/widerstand-ist-zwecklos>

Klaus Kandt
Der Polizeipräsident in Berlin
Platz der Luftbrücke 6
12101 Berlin

12.11.2014

Strafantrag

Ich beantrage die Zerschlagung einer unter dem Decknamen „Justiz“ agierende Sekte, deren Organisatoren und Mitglieder die Menschenopferkulte betreiben, die Bürger terrorisieren, sie erpressen, nötigen und ausrauben. In diesem Zusammenhang möchte ich folgenden Zweigstellen dieser Sekte und einzelne Personen namentlich benennen:

Bundesjustizminister Heiko Maas, Bundesministerium für Justiz, Mohrenstraße 37, 10117 Berlin;
Justizsenator Thomas Heilmann, Senatsverwaltung für Justiz der Stadt Berlin, Salzburger Straße 21-25, 10825 Berlin.

Im Weiteren beantrage ich die Verhaftung von Justizangehörigen, die Räumung betreffender Gebäuden, und die Beschlagnahme aller Bankguthaben dieser Sekte und deren Mitglieder, insbesondere das Konto der Kosteneinzugsstelle der Justiz 352-108 bei der Postbank Berlin PLZ 10010010.

Die Begründung geforderter Maßnahmen erfolgte im Text meiner Strafanträge, insbesondere vom 24.06.2014, 22.09.2014 und 31.10.2014, sowie im Aufsatz „25 Jahre nach dem Mauerfall“ (Anlagen 1-3).

Dr. Andrej Poleev

Strafantrag vom 24.06.2014.

<http://www.enzymes.at/indictments/Sozialgericht.pdf>

Strafanträge vom 22.09.2014 und 31.10.2014.

<http://www.enzymes.at/indictments/Schadenersatz.pdf>

25 Jahre nach dem Mauerfall.

http://www.facebook.com/note.php?note_id=792845870771978

Verbrecherisches Parasitentum.

Christian Steiof
Landeskriminalamt Berlin
Abt. 4 Organisierte Kriminalität
Tempelhofer Damm 12
12101 Berlin

25.11.2014

Strafantrag

Wegen Außerkraftsetzung der Rechtsordnung und willkürlicher Entrechtung; wegen unterlassener Fortzahlung der Sozialhilfe beim gleichzeitigen Fortbestehen des Berufsverbots, aufgrund dessen mir willkürlich und böswillig die Existenzgrundlagen entzogen wurden; wegen unterlassene Hilfeleistung und eines wirksamen Rechtsbehelf gegen Handlungen, wodurch meine Grundrechte verletzt wurden, insbesondere Grundrechte, die in Artikel 7, 8, 17, 22, 23, 25, 28 Allgemeiner Erklärung der Menschenrechte erwähnt sind; wegen Beleidigung, Nötigung, Erpressung, Nachstellung, Mißhandlung und weiterer Straftaten, die gegen mich begangen wurden, beantrage ich die Verhaftung und strafrechtliche Verurteilung aller Senatoren des Berliner Senats, aller Abgeordneten des Berliner Parlaments, aller Beamte, Richter, Staatsanwälte, die an meiner Entrechtung und an der Außerkraftsetzung der Rechtsordnung beteiligt waren. Im Weiteren beantrage ich die Räumung von Abgeordnetenhaus in Niederkirchnerstraße 5, und die Räumung von Gebäuden einzelner Senatsverwaltungen: in Bernhard-Weiß-Straße 6 (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft), Klosterstraße 47 (Senatsverwaltung für Inneres und Sport), Klosterstraße 59 (Senatsverwaltung für Finanzen), in Oranienstraße 106 (Senatsverwaltung für Finanzen und Senatsverwaltung für Arbeit), in Salzburger Straße 21-25 (Senatsverwaltung für Justiz), in Württembergische Str. 6 (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt), in Martin-Luther-Straße 105 (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung), sowie die Einleitung strafrechtlicher Verfahren gegen darin tätiger Personen wegen Beihilfe und Beteiligung an krimineller und terroristischer Vereinigung.

Die Begründung geforderter Maßnahmen erfolgte in Strafanträgen vom 2.06.2014, 24.06.2014, 6.08.2014, 18.08.2014, 7.09.2014, 11.09.2014, 22.09.2014, 25.09.2014, 30.09.2014 und 9.10.2014, 15.10, 31.10.2014, 3.11.2014, 12.11.2014, und in Anträgen bei den Berliner Gerichten, in denen ich forderte, die Willkür sofort zu beenden. Im Einzelnen, wurde die Wiederherstellung meiner Rechte beim Amtsgericht Berlin-Mitte im Eilverfahren 119 C 1006/14 am 24.06.2014 beantragt, wobei die unbegründete Ablehnung meines Antrags auf Eilrechtsschutz mit einem „Beschluß“ erst am 24.10.2014 erfolgte. Der gleichen Forderung, die ich an das Verwaltungsgericht am 25.10.2014 im Eilverfahren VG 37 AR 1.14 richtete, wird bis heute in keiner Weise entsprochen, kein Rechtsanwalt wurde bisher beigeordnet, kein konstruktiver Umgang mit dieser äußerst ernsthaften Angelegenheit lässt sich beobachten. Vorher wurde die offensichtliche Tatsache eines Berufsverbots und dadurch verursachter Mittellosigkeit im Verfahren 37 Ga 7739/14 beim Arbeitsgericht verkannt. Beim Sozialgericht endete bereits das 3. Eilverfahren mit Nicht-Anerkennung meiner berechtigten Ansprüche auf Erhalt der Sozialhilfe, obwohl alle notwendigen Beweise und Begründungen erbracht wurden (Verfahren S 146 SO 2660/14 ER, S 50 SO 2510/14 ER, S 90 SO 1839/14 ER beim Sozialgericht, und L 15

SO 263/14 B ER und L 15 SO 275/14 B ER beim Landessozialgericht Berlin-Brandenburg). Die beamteten Parasiten haben das Geld unterschlagen, das mir zusteht. Was die Beamten an die Gerichte schreiben, entbehrt jeglicher Logik, jeglicher Vorstellung von Recht und Menschlichkeit, die Inhalte dieser Schreiben weisen auf psychopathische Persönlichkeitsstruktur bei den Verfasser auf. Infolge unterlassener Beiordnung der Rechtsanwälte und erzwungener Mittellosigkeit wurde meine Prozessfähigkeit schwer beeinträchtigt, wobei die Befangenheit und rechtsbrecherisches Verhalten der Pseudorichter offensichtlich wird.

Zwecks Wiederherstellung der Rechtsordnung in Berlin beantrage ich, die Betätigung des verbrecherischen Parasitentums in Berlin zu unterbinden, und dessen privates und gemeinschaftliches Vermögen zu konfiszieren. Im Weiteren beantrage ich die Beschlagnahme aller oben erwähnten Gerichtsakten zwecks Beweissicherung und weiterer Verwendung in Strafprozessen; die Beschlagnahme der Bankguthaben aller beschuldigter Personen und Institutionen anzuordnen; die Räumung von Gebäuden in Littenstraße 12-17 (Amtsgericht Mitte, Landgericht, Berliner Anwaltsverein), Kirchstr. 7 (Verwaltungsgericht), Invalidenstraße 52 (Sozialgericht), Müllerstr. 146 (Rathaus Wedding, Bezirksamt Mitte Sozialamt), Friedrichstr. 219 (Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten), Friedrich-Krause-Ufer 24 (Ausländerbehörde), Turmstr. 21 (Landesamt für Gesundheit und Soziales); die Verhaftung beschuldigter Personen: Klaus Wowereit (Regierender Oberbürgermeister von Berlin); Frank Henkel, Michael Müller, Dilek Kolat, Sandra Scheeres, Ulrich Nußbaum, Mario Czaja, Thomas Heilmann, Cornelia Yzer (Berliner Senat); Fred Vollmer (Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration); Dorn, Stolte, Nowosadtko (Sozialgericht Berlin); Radon (Landessozialgericht Berlin-Brandenburg); Görlich, Schreyer, Erna Viktoria Xalter (Verwaltungsgericht Berlin); Kohrs, Wittig (Amtsgericht Mitte); Bärbel Klumpp, Fuchs (Arbeitsgericht Berlin); von Bernuth, Reih, Stevens, Klinger, Beier, Hartmann, Farr, Schmidt-Schondorf, Janzon, Förder (Landgericht Berlin); Christian Hanke (Bezirksbürgermeister Berlin Mitte); Stephan von Dassel (Stellvertretender Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Soziales und Bürgerdienste, Rathaus Wedding); Pistorius, Bernhadrtd, Bimmler, Boetzer, Nicklaus (Rathaus Wedding, Bezirksamt Mitte Sozialamt); Riffert, Staat, Renkewitz (JobCenter Berlin Mitte); Claudia Langeheine, Mazanke (Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten, Ausländerbehörde), Franz Allert (Landesamt für Gesundheit und Soziales); Generalstaatsanwalt Ralf Rother; Günter Stock (Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften und Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH).

Dr. Andrej Poleev

Sozialgericht.

<http://www.enzymes.at/indictments/Sozialgericht.pdf>

Abschriften meiner Schreiben an die Berliner Gerichte, an die Polizei und an das Landeskriminalamt.

<http://www.enzymes.at/indictments/Schadenersatz.pdf>

Arbeitsgericht.

<http://www.enzymes.at/indictments/Arbeitsgericht.pdf>

Verwaltungsgericht.

<http://www.enzymes.at/indictments/Verwaltungsgericht.pdf>

Christian Steiof
Landeskriminalamt Berlin
Abt. 4 Organisierte Kriminalität
Tempelhofer Damm 12
12101 Berlin

11.12.2014

In Ergänzung meines Strafantrag vom 31.10.2014 beantrage ich die Verhaftung, die Einleitung strafrechtlicher Verfahren und strafrechtliche Verurteilung von unten aufgeführter Personen, die sich als Staatsanwälte bezeichnen, sowie die gleichen Maßnahmen gegen übriger Angehörigen von Staatsanwaltschaft Berlin wegen Betrug, Belohnung und Billigung von Straftaten, Strafvereitelung im Amt, Rechtsbeugung, Unterlassen der Diensthandlung, Amtsanmaßung, Erschleichen von Leistungen, Bildung krimineller Vereinigung u.a. (§ 129, 132, 140 258a, 265a, 336, 339, StGB). Im weiteren beantrage ich sofortige Suspendierung genannter Personen aus dem Dienst bzw. deren fristlose Entlassung.

Im Einzelnen handelt es sich um die Staatsanwälte und folgende Strafverfahren: Verfahren 276 U Js 2106/14 im Schreiben vom 4.11.2014 eingestellt, Verfahren 276 Js 1961/14 mit Schreiben vom 6.11.2014 eingestellt, Verfahren 276 Js 1902/14 mit Schreiben vom 29.10.2014 eingestellt, Verfahren 276 U Js 2186/14 mit Schreiben vom 18.11.2014 eingestellt, Verfahren 276 Js 1346/14 mit Schreiben vom 19.11.2014 eingestellt, Verfahren 276 Js 2066/14 mit Schreiben vom 26.11.2014 eingestellt, Verfahren 276 Js 2065/14 mit Schreiben vom 26.11.2014 eingestellt von Weidling; Verfahren 235 Js 4191/14 mit Schreiben vom 6.11.2014 eingestellt von Radziejewski; Verfahren 283 Js 4666/14 mit Schreiben vom 13.11.2014 eingestellt, Verfahren 283 Js 4667/14 mit Schreiben vom 18.11.2014 eingestellt von Cloidt; Verfahren 276 Js 2020/14 mit Schreiben vom 19.11.2014 eingestellt, Verfahren 276 Js 2064/14 mit Schreiben vom 26.11.2014 eingestellt von Henjes; Verfahren 235 Js 4657/14 mit Schreiben vom 26.11.2014 eingestellt von Dorsch; Verfahren 231 Js 2771/14 mit Schreiben vom 26.11.2014 eingestellt von Ploog; Verfahren 283 Js 5102/14 mit Schreiben vom 2.12.2014 eingestellt von Lorke; Verfahren 284 Js 2601/14 mit Schreiben vom 28.11.2014 eingestellt von Hubberten; Verfahren 256 Js 4331/14 mit Schreiben vom 3.12.2014 eingestellt von Behrend.

Die erbrachten Beweise belegen, daß die Staatsanwaltschaft eine Fälschungsfabrik ist, die darin tätige Rechtsbrecher mit der Verteidigung ihres verbrecherischen Staates beschäftigt sind, und nur ein Ziel verfolgen: sich selbst und ihre Komplizen vor jeglichen strafrechtlichen Verfolgung zu schützen, und die begangenen Straftaten zu vertuschen. Da es sich um eine kriminelle und terroristische Vereinigung handelt, deren Bestandteil die Staatsanwaltschaft ist, beantrage ich, die Staatsanwaltschaft sowie die im Text entsprechender Strafanträge erwähnten Behörden zu zerschlagen und auseinanderzutreiben, und deren Mitglieder strafrechtlich zu belangen.

Dr. Andrej Poleev

Kammergericht
Eißholzstr. 30-33
10781 Berlin

30.12.2014

Ich erwäge die Klageerzwingungsverfahren zwecks Wiederherstellung der Rechtsordnung in Berlin, Zerschlagung krimineller Vereinigungen und Terrornetzwerke, sowie Bestrafung deren Mitglieder. Die organisierte Kriminalität in Berlin unterwanderte die Organe der Gesetzgebung, Rechtssprechung, Bildung, Erziehung, Verwaltung, des Finanzwesens u.a., infolge dessen die Existenzgrundlagen willkürlich entzogen werden, rechtswidrige Strafmaßnahmen verhängt werden, die Informationsfreiheit eingeschränkt wird, Personen ausgeraubt, mißhandelt, terrorisiert und unmenschlicher Behandlung ausgesetzt werden, und alles das in den Massenmedien verschwiegen wird. An massenhaftem Rechtsbruch und an der Ausserkraftsetzung der Rechtsordnung beteiligen sich sowohl Justizangehörige als auch Beamte der Stadtverwaltung, Mitglieder politischer Parteien, Hochschullehrer, Akademiker, Unternehmer und Angestellte verschiedener Betriebe und Behörden. Der Sumpf der organisierten Kriminalität muß mit strafrechtlichen Maßnahmen trockengelegt werden, was allerdings weiterhin behindert wird. Im Einzelnen handelt es sich um Strafverfahren, die zwar eingeleitet, aber nicht durchgeführt und ohne Begründung eingestellt wurden. Exemplarisch übersende ich Kopien der Strafanträge vom 24.06.2014, 7.07.2014 und 25.11.2014 zur Kenntnisnahme. Die Strafanträge und die Beschwerden wurden von der Staatsanwaltschaft sowie Generalstaatsanwaltschaft unbegründet verworfen.

Das Kammergericht kann zur Einhaltung seiner Geschäftsordnung mir einen Rechtsanwalt beordnen, aber ich bestehe nicht darauf. Laut Artikel 6 Allgemeiner Erklärung der Menschenrechte, hat jeder das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden, solange das Gegenteil bewiesen wurde. Darum brauche ich weder Rechtsanwalt, noch irgendwelchen Stellvertreter, um mein Anliegen beim Kammergericht vorzutragen. Die Versuche, mir dieses Recht zu nehmen, sind rechtswidrig. Als Bürgerrechtler vertrete ich rechtlichen Interessen anderer Bürger, und in dieser Funktion bedürfe ich keine rechtsanwältliche Vertretung. Die bisherige Verweigerung der Rechtsanwälte, die Verfahren rechtlich zu begleiten bzw. sie erst zu den Gerichtsverhandlungen zu bringen, weist auf kriminogene und korruptive Verhältnisse zwischen ihnen und übrigen Teilen der Berliner Mafia auf, weswegen meinerseits kein Bedarf besteht, von der Mafia vertreten zu sein.

Dr. Andrej Poleev

Strohmann der Mafia.

Klaus Kandt
Der Polizeipräsident in Berlin
Platz der Luftbrücke 6
12101 Berlin

7.01.2015

Strafantrag.

Ich beantrage die Verhaftung und strafrechtliche Verurteilung von Michael Müller, Jüdenstraße 1, 10178 Berlin, wegen Betrug, Amtsanmaßung, Erschleichen von Leistungen, aktive Beteiligung an krimineller und terroristischer Vereinigung.

In diesem Jahr wurde Michael Müller absurderweise zum regierenden Bürgermeister von Berlin, obwohl weder öffentlichen Auswahlverfahren stattfanden, noch eine für das Amt notwendige Eignung festgestellt wurde. Im Gegenteil, ich behaupte, daß Michael Müller ein Strohmann der Mafia und Mitglied einer kriminellen und terroristischen Vereinigung ist, die sich aus Politiker, Richter, Staatsanwälte, Ärzte, Professoren der Hochschulen, Akademiker, und ubrigem Gesindel zusammengesetzt ist, wie bereits in meinen Strafanträgen erläutert wurde. Weder ich noch andere Bürger dieser Stadt stimmten dieser willkürlichen Ernennung zu. Aus welchem Grund soll Michael Müller und die kriminelle Bande seinesgleichen uns regieren? Um das Amt des Bürgermeisters zu besetzen, brauchte er weder entsprechende Qualifikation zu erwerben, noch irgendwelche Vorhaben für die Amtszeit vorzulegen, sondern lediglich früh genug die kriminelle und terroristische Vereinigung SPD beizutreten. Als Absolvent einer Fachoberschule für Wirtschaft und Verwaltung sowie Drucker vom Beruf hat Michael Müller nichts im Rathaus verloren - ich fordere seine sofortige Absetzung und Anordnung einer öffentlichen Ausschreibung zur Neubesetzung des Amtes.

Dr. Andrej Poleev

Amtsgericht Tiergarten
Turmstraße 91
10559 Berlin

1.02.2015

Klage und Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Stadt und Land Berlin.
2. Kosteneinzugsstelle der Justiz, Altstädter Ring 7, 13597 Berlin.
3. Obergerichtsvollzieherin Schelske, Storkower Str. 113, 10407 Berlin.
4. Klaus Kandt, Der Polizeipräsident in Berlin, Platz der Luftbrücke 6, 12101 Berlin.
5. Arbeitsgericht Berlin, Magdeburger Platz 1, 10785 Berlin.
6. Amtsgericht Charlottenburg, Amtsgerichtsplatz 1, 14057 Berlin.
7. Amtsgericht Mitte, Littenstraße 12-17, 10179 Berlin.
8. Amtsgericht Neukölln, Karl-Marx-Straße 77-79, 12043 Berlin.
9. Landgericht, Littenstraße 12-17, 10179 Berlin.
10. Verwaltungsgericht, Kirchstr. 7, 10557 Berlin.
11. Jobcenter Mitte, Müllerstr. 16, 13353 Berlin.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. den Beklagten zu untersagen, die Zahlungsaufforderung an mich zu verschicken, das Geld von mir zu fordern, die Gerichtsvollzieher zu beauftragen, um von mir Geld anzufordern, die Ladungen zur Vernehmung zu verschicken, unbegründete Strafverfahren zu fabrizieren, und mich auf andere Weise zu belästigen;
2. jegliche Zahlungsaufforderungen, Gerichtsgebühren, und Strafverfahren als nichtig zu verwerfen;
3. den sozialpsychiatrischen Dienst zu beauftragen, die beklagten Personen in ein psychiatrisches Krankenhaus unterzubringen zwecks Untersuchung und Bestimmung therapeutischer Maßnahmen wegen Unzurechnungsfähigkeit und Fremdgefährdung (Neigung zur Gewalttätigkeit);
4. den Beklagten ihre Ämter zu entziehen und sie fristlos zu entlassen;
5. Aufgrund meiner Mittellosigkeit auf die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu verzichten.

Begründung:

Ich beantrage Erlass einer Schutzanordnung nach dem Gewaltschutzgesetz, Artikel 68 des Römischen Statut, sowie weitere Maßnahmen zur Achtung meiner Würde und Rechte gemäß Artikel 8, 10, 12 Allgemeiner Erklärung der Menschenrechte, Artikel 6, 36 Verfassung von Berlin. Im Weiteren beantrage ich die Bestrafung beschuldigter Personen wegen Außerkraftsetzung der Rechtsordnung, Entrechtung, widerrechtlicher Anwendung des § 70 StGB Berufsverbot, und aufgrund §§ 23, 129, 129a, 164, 185-187, 192, 238, 241a, 352 StGB. Die Begründung geforderter Maßnahmen und die Nennung beschuldigter Personen erfolgte in Strafanträgen vom 2.06.2014, 24.06.2014, 6.08.2014, 18.08.2014, 7.09.2014,

11.09.2014, 22.09.2014, 25.09.2014, 30.09.2014 und 9.10.2014, 15.10, 31.10.2014, 3.11.2014, 12.11.2014, 25.11.2014, und in Anträgen bei den Berliner Gerichten, in denen ich forderte, die Willkür sofort zu beenden. Im Einzelnen, wurde die Wiederherstellung meiner Rechte beim Amtsgericht Berlin-Mitte im Eilverfahren 119 C 1006/14 am 24.06.2014 beantragt, wobei die unbegründete Ablehnung meines Antrags auf Eilrechtsschutz mit einem „Beschluß“ erst am 24.10.2014 erfolgte. Der gleichen Forderung, die ich an das Verwaltungsgericht am 25.10.2014 im Eilverfahren VG 37 AR 1.14 richtete, wird bis heute in keiner Weise entsprochen, kein Rechtsanwalt wurde bisher beigeordnet, kein konstruktiver Umgang mit dieser äußerst ernsthaften Angelegenheit lässt sich beobachten. Vorher wurde die offensichtliche Tatsache eines Berufsverbots und dadurch verursachter Mittellosigkeit im Verfahren 37 Ga 7739/14 beim Arbeitsgericht verkannt. Beim Sozialgericht endete bereits das 3. Eilverfahren mit Nicht-Anerkennung meiner berechtigten Ansprüche auf Erhalt der Sozialhilfe, obwohl alle notwendigen Beweise und Begründungen erbracht wurden (Verfahren S 146 SO 2660/14 ER, S 50 SO 2510/14 ER, S 90 SO 1839/14 ER beim Sozialgericht, und L 15 SO 263/14 B ER und L 15 SO 275/14 B ER beim Landessozialgericht Berlin-Brandenburg). Die beamteten Parasiten haben das Geld unterschlagen, das mir zusteht. Was die Beamten an die Gerichte schreiben, entbehrt jeglicher Logik, jeglicher Vorstellung von Recht und Menschlichkeit, die Inhalte dieser Schreiben weisen auf psychopathische Persönlichkeitsstruktur bei den Verfasser auf. Infolge unterlassener Beiordnung der Rechtsanwälte und erzwungener Mittellosigkeit wurde meine Prozessfähigkeit schwer beeinträchtigt, wobei die Befangenheit und rechtsbrecherisches Verhalten der Pseudorichter offensichtlich wird.

Die beantragte Unterbringung in ein psychiatrisches Krankenhaus ist u.a. notwendig, um die Schuldfähigkeit beschuldigter Personen festzustellen. Die Notwendigkeit einer Schutzanordnung gegen psychisch kranken Straftäter ist im Gutachten vom 24.09.2014 erläutert, und kann noch zusätzlich mit Bezugnahme auf meine aktuellen Beschwerden wegen rassistischer Hetze, strafbarer Handlungen, die gegen mich begangen werden, behördlicher Willkür, widriger Lebensumstände und weiteres ergänzt werden.

Zur Begründung der Unterlassen jeglicher Gerichtsgebühren, teile ich nochmals mit, daß meine Mittellosigkeit im Verfahren S 90 SO 1839/14 ER beim Sozialgericht festgestellt wurde und bis heute fortbesteht.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen.

Kopie des Gutachtens vom 24.09.2014.

Sozialgericht.

<http://www.enzymes.at/indictments/Sozialgericht.pdf>

Abschriften meiner Schreiben an die Berliner Gerichte, an die Polizei und an das Landeskriminalamt.

<http://www.enzymes.at/indictments/Schadenersatz.pdf>

Arbeitsgericht.

<http://www.enzymes.at/indictments/Arbeitsgericht.pdf>

Verwaltungsgericht.

<http://www.enzymes.at/indictments/Verwaltungsgericht.pdf>

Sabine Piermeier
Keibelstr. 35
10178 Berlin

26.02.2015

Bezugnehmend auf das Schreiben vom 17.02.2015 im Verfahren 150215-1600-035242 gegen Julian Josef Hippert übersende ich Ihnen Kopie meiner Schreiben an Jan-Hendrik Olbertz, Andreas Degkwitz und Christian Steiof zur Kenntnisnahme. In dieser Angelegenheit beabsichtige ich, ein Strafverfahren unter Einbeziehung psychologischer Expertise gegen beschuldigte Personen beim Amtsgericht Tiergarten einzuklagen.

Dr. Andrej Poleev

Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz
Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6
10099 Berlin

15.02.2015

Entlassungsschreiben.

Wegen Mißachtung meiner Aufforderung vom 29.05.2014, und aufgrund eines rassistischen Übergriffs am 15.02.2015 in der Universitätsbibliothek in Geschwister-Scholl-Straße 1/3, entlasse ich Sie mit sofortiger Wirkung aus dem Amt des Präsidenten des Humboldt-Universität. Die Stelle des Präsidenten bleibt bis auf weiteres unbesetzt, d.h. bis eine öffentliche Ausschreibung und das Auswahlverfahren stattfinden.

Dr. Andrej Poleev

Prof. Dr. Andreas Degkwitz
Jacob-und-Wilhelm-Grimm-Zentrum
Geschwister-Scholl-Straße 1/3
10117 Berlin

15.02.2015

Am 15.02.2015 ereignete sich ein rassistischer Übergriff in der Universitätsbibliothek in Geschwister-Scholl-Straße 1/3, weswegen ich die Polizei rufen mußte, um die Personalien eines Schwulenhassers festzustellen, und die Straftatbestände zu melden, worüber ich in meinem Schreiben an das Landeskriminalamt berichte. Weil weder die Leitung der Bibliothek noch die Universitätsleitung imstande waren, die Rechtsordnung aufrechtzuerhalten, übe ich jetzt das Hausrecht im betroffenen Gebäude aus. Die Bibliothek wird bis auf weiteres geschlossen - ich fordere das Personal und die Besucher auf, das Gebäude zu verlassen.

Dr. Andrej Poleev.

Christian Steiof
Landeskriminalamt
Tempelhofer Damm 12
12101 Berlin

15.02.2015

Strafantrag

Ich beantrage die Einleitung strafrechtlicher Verfahren wegen Beleidigung, Verleumdung, Nötigung, Bedrohung, Nachstellung, Körperverletzung (§§ 23, 185, 187, 223, 238, 240, 241 StGB).

Aufgrund der Strafbarkeit des Versuchs (§23 StGB) und wegen eines verbalen und tatlichen Übergriffs sind die Voraussetzungen für die genannten Straftatbestände erfüllt, wie aus der Beschreibung des Geschehens hervorgeht.

Wegen Entrechtung und politisch motivierter Verfolgung in der BRD, weswegen zum Ausfall privater Internetnutzung seit 13.02.2013 gekommen ist, nutze ich gelegentlich an Sonntagen die technische Ausstattung der Universitätsbibliothek in Geschwister-Scholl-Straße 1/3, um im Internet zu recherchieren und zu kommunizieren. Am 15.02.2015 verbrachte ich im Computersaal dieser Bibliothek im 1. Stock um die 2 Stunden, und wollte gerade die Bibliothek verlassen, als plötzlich ein mir unbekannter Mann, der 2 Reihen entfernt hinter mir saß, sich mir näherte, mich blöd anquatschte, ohne sich vorzustellen, mich beschuldigte, ein Schwuler zu sein, und mich aufforderte, weil ich seiner Meinung nach Schwul bin, und mich falsch verhalte, den Computersaal zu verlassen. Ich hielt mich im erwähnten Raum die ganze Zeit unauffällig auf, war weder nackt ausgezogen oder provozierte oder störte jemandem auf irgendwelche andere Weise, und war sehr verblüfft über eine solche Frechheit, was ich diesem Blödmann zum Ausdruck brachte, indem ich ihm sagte, daß ich mich hier absolut legal aufhalte, und, weil ich ein Doktor der Naturwissenschaften bin, beschäftige ich mich damit, was für mich interessant und wichtig erscheint, weswegen ein Student mir überhaupt nichts zu sagen hat. Der rechthaberische und unbelehrbare Kretin gab sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden, und drohte mir damit, mich bei dem Wachpersonal zu denunzieren, falls ich den Lesesaal nicht verlasse, was er kurze Zeit nach ausgesprochener Drohung umsetzte. Infolge seiner Denunziation sind 2 Angehörige des Wachpersonals erschienen, und die Drohungen ausgesprochen, mich mit der Gewaltanwendung aus dem Lesesaal zu entfernen. Daraufhin erwiderte ich dem Wachpersonal, daß ich mich nicht von der Stelle rühre, bis ich den Namen des rassistischen Täters erfahre, und weil das nicht zustande gekommen ist, forderte ich auf, die Polizei anzurufen, was aber abgelehnt wurde, und stattdessen wurde ich genötigt, den Computersaal zu verlassen. Unten, in dem Eingangsbereich, rief ich selbst die Polizei an, und bat sie vorbeizukommen, um den verbalen und tatlichen Angriff mit einem rassistischen Vorsatz als Straftatbestand aufzunehmen. Nach der Erstvernehmung der Streitparteien erklärte mir ein Polizeibeamter, daß der Blödmann mich daran beschuldigte, einen schwulen Pornofilm angeschaut zu haben, was keinesfalls der Wahrheit entspricht, und den Straftatbestand Verleumdung darstellt. Diese Beschuldigung ist unwahr allein schon aus technischen Gründen, weil mit den Rechner, womit die Bibliothek ausgestattet ist, nicht möglich ist, Videos aus dem Internet anzusehen.

In diesem Zusammenhang verweise ich noch auf die Artikel 6,7,8,10 der Verfassung von Berlin, und auf das Urteil des Bundesgerichtshofs im Verfahren BGH III ZR 98/12: „Die Nutzbarkeit des Internets ist ein

Wirtschaftsgut, dessen ständige Verfügbarkeit seit längerer Zeit auch im privaten Bereich für die eigenwirtschaftliche Lebenshaltung typischerweise von zentraler Bedeutung ist.“

Ich wurde öffentlich und grundlos beleidigt, meine Würde auf unzulässige Weise verletzt, und niemand im Lesesaal war bereit, sich für meine Würde und meine Rechte einzusetzen, mich in meiner Position zu bestärken, oder tat etwas, um den rassistischen Kretin zu mäßigen. Offensichtlich ist dieser konformistisch angepasste Mob, der sich für die zukünftige Elite dieses Landes hält, nicht einmal fähig, die Ungeheuerlichkeit des Geschehens nachzuvollziehen, das Gute von dem Bösen zu unterscheiden, was normalerweise schon jedes 5-jährige Kind kann. Über das intellektuelle Niveau spreche ich überhaupt nicht, weil die Köpfe dieser Opfer mit staatlicher Propaganda und pseudologischem Irrsinn vermüllt sind, weswegen sie spontan zu Hexenjäger werden, bzw. unterlassen, sich situationsbedingt zu verhalten, d.h. notwendigen Widerstand zu leisten. Der geistig verwirrte Hooligan, der über keine Denkfähigkeit oder logische Denkweise verfügt, wußte nicht einmal, was er tat, und folgte nur seinen Vorbildern, unter denen seine Hochstaplerlehrer sind, die ihm vor seinen Augen zahlreiche Beispiele des rassistischen Verhaltens täglich vorführen. Eine psychoanalytische Bewertung des Vorfalls weist auf die unbewußten Abwehrvorgänge Projektion und Verschiebung bedingt durch den pathologischen Narzissmus mit Persönlichkeitsspaltung bei dem Täter hin¹. Da der Täter in einem Umfeld agierte, das seine Tat begünstigte, kann man über ein pathologisches psychosoziales Milieu sprechen. Das Ausmaß der Denunziationsbereitschaft und die geistige Steifheit der sogenannten Studenten ist erschreckend, und spiegelt nur die rassistische Realität der Universität wieder, die eine besondere Aufmerksamkeit der Ermittler verdient². Darüber hinaus war ich von beschriebenen Ereignissen traumatisiert, was für mich, aufgrund meines Zustandes, worüber im Gutachten vom 24.09.2014 die Rede ist, eine besondere Belastung darstellt. Die Traumata sind nichts anderes als die Körperverletzungen, und im strafrechtlichen Sinne als solche zu bewerten.

Dr. Andrej Poleev

1 „Die Umwandlung von Schmerz und chronischer Wut in Haß ist eine zentrale affektive Entwicklung dieser Persönlichkeiten. Die strukturellen Merkmale von Haß implizieren die Beziehungen zwischen einem gefährdeten Selbst und einem haßerfüllten sowie gehaßten Objekt, das kontrolliert, gequält und letztlich zerstört werden muß. Die Projektion von Haß führt zu einer grundlegenden paranoiden Orientierung gegenüber einer Welt, die als haßerfüllt wahrgenommen wird und gegen die man sich mit Unehrlichkeit, Verrat und Aggression zur Wehr setzen muß. Angesichts kruder Selbstinteressen als einzigem Verhaltensmaßstab und angesichts einer Grundüberzeugung, daß das unberechenbare und gefährliche Verhalten mächtiger anderer durch impulsive Wut und Haß bestimmt wird, ist die Prüfung und Internalisierung eines Wertsystems irrelevant: Das Überleben hängt von vorsichtiger Unterwerfung, Ausflüchten und einer konsequenten Manipulation des Aggressors ab. ... Der Psychopath erlebt nur Macht als verlässlich und sadistische Kontrolle als Hauptantriebsfeder in einer Welt, in der Macht und verachtenswerte Schwäche klar voneinander getrennt sind.“

Otto F. Kernberg. Die narzisstische Persönlichkeit und ihre Beziehung zu antisozialem Verhalten und Perversionen - pathologischer Narzissmus und narzisstische Persönlichkeit. In: Otto F. Kernberg, Hans-Peter Hartmann (Hrsg.) Narzissmus. Grundlagen, Störungsbilder, Therapie. Schattauer, 2006, S. 263-307.

2 Arbeitsgericht.

<http://www.enzymes.at/indictments/Arbeitsgericht.pdf>

Amtsgericht Tiergarten
Turmstraße 91
10559 Berlin

6.03.2015

Klage und Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Julian Josef Hippert.
2. Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.
3. Wachpersonal der Universitätsbibliothek in Geschwister-Scholl-Straße 1/3.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. Julian Josef Hippert zu verurteilen, eine tiefenpsychologische Langzeittherapie zu absolvieren;
2. nach Abschluß der Therapie und unter Berücksichtigung des Berichts des behandelnden Arztes soll über weitere Vorgehensweise entschieden werden;
3. Humboldt-Universität zu verurteilen, die Verantwortung für rassistischen Übergriff in der Universitätsbibliothek in Geschwister-Scholl-Straße 1/3 zu übernehmen, und die Maßnahmen zur Behebung rassistischer Diskriminierung an der Universität zu ergreifen, und falls eine solche Diskriminierung fortgeführt wird, sie gerichtlich aufzuheben;
4. das Wachpersonal der Universitätsbibliothek in Geschwister-Scholl-Straße 1/3 zu verurteilen, eine Entschuldigung für widerrechtliche Vorgehensweise auszusprechen;
5. die Beiordnung eines Rechtsanwalts.
6. Solange die Entrechtung und Außerkraftsetzung der Rechtsordnung fortgeführt wird, die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu unterlassen, oder sie von den Beklagten zu verlangen.

Begründung.

Wegen Entrechtung und politisch motivierter Verfolgung in der BRD, weswegen zum Ausfall privater Internetnutzung seit 13.02.2013 gekommen ist, nutze ich gelegentlich an Sonntagen die technische Ausstattung der Universitätsbibliothek in Geschwister-Scholl-Straße 1/3, um im Internet zu recherchieren und zu kommunizieren. Am 15.02.2015 verbrachte ich im Computersaal dieser Bibliothek im 1. Stock um die 2 Stunden, und wollte gerade die Bibliothek verlassen, als plötzlich ein mir unbekannter Mann, der 2 Reihen entfernt hinter mir saß, sich mir näherte, mich blöd anquatschte, ohne sich vorzustellen, mich beschuldigte,

ein Schwuler zu sein, und mich aufforderte, weil ich seiner Meinung nach Schwul bin, und mich falsch verhalte, den Computersaal zu verlassen. Ich hielt mich im erwähnten Raum die ganze Zeit unauffällig auf, war weder nackt ausgezogen oder provozierte oder störte jemandem auf irgendwelche andere Weise, und war sehr verblüfft über eine solche Frechheit, was ich diesem Blödmann zum Ausdruck brachte, indem ich ihm sagte, daß ich mich hier absolut legal aufhalte, und, weil ich ein Doktor der Naturwissenschaften bin, beschäftige ich mich damit, was für mich interessant und wichtig erscheint, weswegen ein Student mir überhaupt nichts zu sagen hat. Der rechthaberische und unbelehrbare Kretin gab sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden, und drohte mir damit, mich bei dem Wachpersonal zu denunzieren, falls ich den Lesesaal nicht verlasse, was er kurze Zeit nach ausgesprochener Drohung umsetzte. Infolge seiner Denunziation sind 2 Angehörige des Wachpersonals erschienen, und die Drohungen ausgesprochen, mich mit der Gewaltanwendung aus dem Lesesaal zu entfernen. Daraufhin erwiderte ich dem Wachpersonal, daß ich mich nicht von der Stelle rühre, bis ich den Namen des rassistischen Täters erfahre, und weil das nicht zustande gekommen ist, forderte ich auf, die Polizei anzurufen, was aber abgelehnt wurde, und stattdessen wurde ich genötigt, den Computersaal zu verlassen. Unten, in dem Eingangsbereich, rief ich selbst die Polizei an, und bat sie vorbeizukommen, um den verbalen und tatlichen Angriff mit einem rassistischen Vorsatz als Straftatbestand aufzunehmen. Nach der Erstvernehmung der Streitparteien erklärte mir ein Polizeibeamter, daß der Blödmann mich daran beschuldigte, einen schwulen Pornofilm angeschaut zu haben, was keinesfalls der Wahrheit entspricht, und den Straftatbestand Verleumdung darstellt. Diese Beschuldigung ist unwahr allein schon aus technischen Gründen, weil mit dem Rechner, womit die Bibliothek ausgestattet ist, nicht möglich ist, Videos aus dem Internet anzusehen.

Aufgrund der Strafbarkeit des Versuchs (§23 StGB) und wegen eines verbalen und tatlichen Übergriffs sind die Voraussetzungen für die Straftatbestände Beleidigung, Verleumdung, Nötigung, Bedrohung, Nachstellung, Körperverletzung (§§ 23, 185, 187, 223, 238, 240, 241 StGB) erfüllt, wie aus der Beschreibung des Geschehens hervorgeht.

In diesem Zusammenhang verweise ich noch auf die Artikel 6,7,8,10 der Verfassung von Berlin, und auf das Urteil des Bundesgerichtshofs im Verfahren BGH III ZR 98/12: „Die Nutzbarkeit des Internets ist ein Wirtschaftsgut, dessen ständige Verfügbarkeit seit längerer Zeit auch im privaten Bereich für die eigenwirtschaftliche Lebenshaltung typischerweise von zentraler Bedeutung ist.“

Ich wurde öffentlich und grundlos beleidigt, meine Würde auf unzulässige Weise verletzt, und niemand im Lesesaal war bereit, sich für meine Würde und meine Rechte einzusetzen, mich in meiner Position zu bestärken, oder tat etwas, um den rassistischen Kretin zu mäßigen. Offensichtlich ist dieser konformistisch angepasste Mob, der sich für die zukünftige Elite dieses Landes hält, nicht einmal fähig, die Ungeheuerlichkeit des Geschehens nachzuvollziehen, das Gute von dem Bösen zu unterscheiden, was normalerweise schon jedes 5-jährige Kind kann. Über das intellektuelle Niveau spreche ich überhaupt nicht, weil die Köpfe dieser Opfer mit staatlicher Propaganda und pseudologischem Irrsinn vermüllt sind, weswegen sie spontan zu Hexenjäger werden, bzw. unterlassen, sich situationsbedingt zu verhalten, d.h. notwendigen Widerstand zu leisten. Der geistig verwirrte Hooligan, der über keine Denkfähigkeit oder logische Denkweise verfügt, wußte nicht einmal, was er tat, und folgte nur seinen Vorbildern, unter denen seine Hochstaplerlehrer sind, die ihm vor seinen Augen zahlreiche Beispiele des rassistischen Verhaltens täglich vorführen. Eine psychoanalytische Bewertung des Vorfalls weist auf die unbewußten Abwehrvorgänge Projektion und Verschiebung bedingt durch den pathologischen Narzissmus mit Persönlichkeitsspaltung bei dem Täter hin¹.

Da der Täter in einem Umfeld agierte, das seine Tat begünstigte, kann man über ein pathologisches psychosoziales Milieu sprechen. Das Ausmaß der Denunziationsbereitschaft und die geistige Steifheit der sogenannten Studenten ist erschreckend, und spiegelt nur die rassistische Realität der Universität wieder, die eine besondere Aufmerksamkeit der Richter verdient ². Darüber hinaus war ich von beschriebenen Ereignissen traumatisiert, was für mich, aufgrund meines Zustandes, worüber im Gutachten vom 24.09.2014 die Rede ist, eine besondere Belastung darstellt. Die Traumata sind nichts anderes als die Körperverletzungen, und im strafrechtlichen Sinne als solche zu bewerten.

Dr. Andrej Poleev

1 „Die Umwandlung von Schmerz und chronischer Wut in Haß ist eine zentrale affektive Entwicklung dieser Persönlichkeiten. Die strukturellen Merkmale von Haß implizieren die Beziehungen zwischen einem gefährdeten Selbst und einem haßerfühlten sowie gehaßten Objekt, das kontrolliert, gequält und letztlich zerstört werden muß. Die Projektion von Haß führt zu einer grundlegenden paranoiden Orientierung gegenüber einer Welt, die als haßerfüllt wahrgenommen wird und gegen die man sich mit Unehrlichkeit, Verrat und Aggression zur Wehr setzen muß. Angesichts kruder Selbstinteressen als einzigem Verhaltensmaßstab und angesichts einer Grundüberzeugung, daß das unberechenbare und gefährliche Verhalten mächtiger anderer durch impulsive Wut und Haß bestimmt wird, ist die Prüfung und Internalisierung eines Wertesystems irrelevant: Das Überleben hängt von vorsichtiger Unterwerfung, Ausflüchten und einer konsequenten Manipulation des Aggressors ab. ... Der Psychopath erlebt nur Macht als verlässlich und sadistische Kontrolle als Hauptantriebsfeder in einer Welt, in der Macht und verachtenswerte Schwäche klar voneinander getrennt sind.“

Otto F. Kernberg. Die narzisstische Persönlichkeit und ihre Beziehung zu antisozialem Verhalten und Perversionen - pathologischer Narzissmus und narzisstische Persönlichkeit. In: Otto F. Kernberg, Hans-Peter Hartmann (Hrsg.) Narzissmus. Grundlagen, Störungsbilder, Therapie. Schattauer, 2006, S. 263-307.

2 Arbeitsgericht.

<http://www.enzymes.at/indictments/Arbeitsgericht.pdf>

Amtsgericht Tiergarten
Turmstraße 91
10559 Berlin

5.03.2015

Klage und Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Michael Malessa, Daniel Nobis, die Geschäftsführer der Media Markt TV-HiFi-Elektro GmbH Berlin-Mitte, Grunerstr. 20, 10179 Berlin;
2. mobilcom-debitel GmbH, Hollerstraße 126, 24782 Büdelsdorf;
3. SCHUFA Holding AG, Kormoranweg 5, 65201 Wiesbaden.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. die Mediamarkt Berlin-Mitte zu verurteilen, 5000 Euro an mich auszuführen;
2. die Mediamarkt Berlin-Mitte zu verurteilen, die Nutzung des Internets und entsprechende technische Ausstattung und Begleitung zu gewährleisten;
3. die widerrechtliche Diskriminierung gerichtlich aufzuheben;
4. die Beiordnung eines Rechtsanwalts;
5. Solange die Entrechtung und Außerkraftsetzung der Rechtsordnung fortgeführt wird, die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu unterlassen.

Begründung.

Am 4. März besuchte ich die Mediamarkt in Alexa-Einkaufszentrum, um mich über vorhandene Angebote zu informieren und gegebenenfalls einen Vertrag zur Einrichtung des Internetzugangs abzuschließen. Dawid Klak, Mitarbeiternummer 91556, der mich im Auftrag von Mediamarkt und debitel bediente, unterbreitete mir ein Angebot entsprechend meinem Wunsch, füllte ein elektronisches Formular aus, drückte ihn aus, und machte Kopien von meinem Personalausweis. Ich unterzeichnete den Vertrag, und erwartete bereits die Übergabe dazu gehöriger Unterlagen, als plötzlich mir erläutert wurde, daß ich eine Kautionszahlung von 200 Euro leisten muß, was zur Bedingung gemacht wurde, damit der Vertrag rechtskräftig wird. Ich äußerte meine Empörung über diese rechtswidrige Forderung, was aber keinerlei zu deren Aufhebung führte. Über die Gründe einer solchen Diskriminierung wurde mir nichts gesagt, aber ich vermute, daß die SCHUFA-Auskunft eine Rolle spielte. Der Vertrag 58150430 wurde gegen meinen Willen storniert, weil ich mit der Kautionszahlung nicht einverstanden war.

Die geschilderte Vorgehensweise widerspricht der Verfassung von Berlin (Artikel 6,7,10, 20, 22, 24, 33), dem Urteil des Bundesgerichtshofs im Verfahren BGH III ZR 98/12, und als Straftatbestände falsche Verdächtigung, politische Verfolgung, Nachstellung, Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung, Bildung krimineller und terroristischer Vereinigung zu bewerten (§§ 23, 129, 129a, 164, 185-187, 192, 238, 241a, StGB).

Ich wurde ohne Grund bestraft, beleidigt, meine Grundrechte verletzt, weswegen ich beim Amtsgericht beantrage, die Mediamarkt zu verurteilen, 5000 Euro an mich auszuzahlen. Im Weiteren beantrage ich, die kriminelle und terroristische Vereinigung SCHUFA Holding AG zu verurteilen, die Auskunft zu geben, seit wann und wie lange eine Eintragung mich betreffend besteht, die gegen alle bekannten Rechtsnormen verstößt und meine Grundrechte rechtswidrig einschränkt. Nach dieser Auskunft beabsichtige ich, einen Zusatzantrag zum aktuellen Verfahren zu stellen, und/oder gegen SCHUFA Holding AG strafrechtlich vorzugehen, sei es im Rahmen dieses Verfahrens oder in einem gesonderten Verfahren.

Falls die geforderte Zahlung zustande kommt, bin ich damit einverstanden, von dieser Summe die Gerichtsgebühren zu erstatten. Andersfalls sollen strafrechtliche Verfahren gegen Beklagten eingeleitet werden, um die Beschuldigten strafrechtlich zu belangen. Solange die Entrechtung und Außerkraftsetzung der Rechtsordnung fortgeführt wird, bin ich nicht bereit und nicht imstande, die Gerichtsgebühren zu zahlen, und aus erklärten Gründen übersende den PKH-Antrag.

Dr. Andrej Poleev

Amtsgericht Tiergarten
Turmstraße 91
10559 Berlin

15.03.2015

Klage und Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Stadt und Land Berlin.
2. Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin, Jüdenstraße 1, 10178 Berlin.
3. Klaus Wowereit, ehemaliger Bürgermeister von Berlin.
4. Senator für Gesundheit und Soziales Mario Czaja, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
5. Staatssekretärin für Gesundheit Emine Demirbükten-Wegner, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
6. Staatssekretär für Soziales Dirk Gerstle, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
7. Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke, Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin.
8. Stephan von Dassel, Stellvertretender Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Soziales und Bürgerdienste, Rathaus Wedding, Müllerstr. 146, 13353 Berlin.
9. Beamten Pistorius, Sembach, Keller, Bernhardt, Nicklaus, Bezirksamt Mitte Sozialamt, Müllerstraße 146, 13353 Berlin.
10. Deutsche Rentenversicherung, Ruhrstr. 2, 10709 Berlin.
11. Arbeitsgericht Berlin, Magdeburger Platz 1, 10785 Berlin.
12. Amtsgericht Charlottenburg, Amtsgerichtsplatz 1, 14057 Berlin.
13. Amtsgericht Mitte, Littenstraße 12-17, 10179 Berlin.
14. Amtsgericht Neukölln, Karl-Marx-Straße 77-79, 12043 Berlin.
15. Amtsgericht Potsdam, Jägerallee 10-12, 14469 Potsdam.
16. Landgericht, Littenstraße 12-17, 10179 Berlin.
17. Verwaltungsgericht, Kirchstr. 7, 10557 Berlin.
18. Kammergericht, Eißholzstr. 30-33, 10781 Berlin.
19. Verfassungsgerichtshof, Eißholzstraße 30-33, 10781 Berlin.
20. Generalstaatsanwaltschaft Berlin, Eißholzstraße 30-33, 10781 Berlin.
21. Staatsanwaltschaft Berlin.
22. Sozialgericht, Invalidenstraße 52, 10557 Berlin.
23. Landessozialgericht, Försterweg 2-6, 14482 Potsdam.
24. Jobcenter Mitte, Müllerstr. 16, 13353 Berlin.
25. Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.
25. Dr. E. Jürgen Zöllner, Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Bernhard-Weiß-Str. 6, 10178 Berlin.
27. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, vertreten durch Dr. Günter Stock, Jägerstraße 22/23, 10117 Berlin.

28. Humboldt-Universität zu Berlin, Vertreten durch den Präsidenten Dr. Jan-Hendrik Olbertz, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.
29. Freie Universität Berlin, vertreten durch den Präsidenten Dr. Peter-André Alt, Kaiserswerther Str. 16-18, 14195 Berlin.
30. Deutsche Forschungsgemeinschaft e.V., vertreten durch den Präsidenten Dr. Peter Strohschneider, WissenschaftsForum, Markgrafenstraße 37, 10117 Berlin.
31. Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V., vertreten durch Dr. Jürgen Renn, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Boltzmannstraße 22, 14195 Berlin.
32. Forschungsverbund Berlin e. V., Rudower Chaussee 17, 12489 Berlin.
33. Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V., vertreten durch den Präsidenten Dr. Karl Ulrich Mayer, Chausseestraße 111, 10115 Berlin.
34. Einstein Stiftung Berlin, vertreten durch Dr. Martin Grötschel, Jägerstr. 22/23, 10117 Berlin.
35. Ärztekammer Berlin, vertreten durch den Präsidenten Dr. med. Günther Jonitz, Friedrichstraße 16, 10969 Berlin.
36. Bundesärztekammer, vertreten durch den Präsidenten Dr. Frank Ulrich Montgomery, Herbert-Lewin-Platz 1, 10623 Berlin.
37. Deutsche Psychoanalytische Gesellschaft, Goerzallee 5, 12207 Berlin.
38. Abgeordnete des Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin.
39. Senator für Finanzen Dr. Matthias Kollatz-Ahnen, Klosterstraße 59, 10179 Berlin.
40. Senator für Justiz Thomas Heilmann, Salzburger Straße 21-25, 10825 Berlin.
41. Senator für Inneres Frank Henkel, Klosterstraße 47, 10179 Berlin.
42. Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung Cornelia Yzer, Martin-Luther-Straße 105, 10825 Berlin.
43. Senatorin für Arbeit Dilek Kolat, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.
44. Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundestag und die Bundesregierung.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. die Beklagten zu verurteilen, 4626 Euro an mich auszusahlen;
2. die strafrechtliche Verfolgung der Beklagten einzuleiten;
3. die Beklagten zu verurteilen, die rassistische Diskriminierung zu beenden, und falls eine solche Diskriminierung fortgeführt wird, sie gerichtlich aufzuheben;
4. die Beklagten zu verurteilen, eine Entschuldigung für begangenes Unrecht auszusprechen;
5. die Beiordnung eines Rechtsanwalts.
6. Solange die Entrechtung und Außerkraftsetzung der Rechtsordnung fortgeführt wird, die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu unterlassen, oder sie von den Beklagten zu verlangen.

Begründung.

Nach der Anmeldung in Berlin am 2. Juni 2014, stellte ich am nächsten Tag einen Antrag auf Fortzahlung der Sozialhilfe, der aber erst nach einer richterlichen Anordnung am 22.07.2014 bewilligt wurde, jedoch schon am 15.08.2014 wurde die Bewilligung widerrufen und gleichzeitig mein Antrag auf Eilrechtsschutz beim Sozialgericht wurde unbegründet und widerrechtlich abgewiesen, so daß die Zahlung für September und nachfolgenden Monate ausgeblieben war, und ich erneut, wie bereits im Juni und Juli, in äußerste Not geraten bin. Trotz erbrachte Beweise für meine Bedürftigkeit und Richtigkeit der Antragsstellung, unterließen die Beförden und die Gerichte, die geforderte Entscheidung zu treffen, wodurch zu verfassungswidriger

Verletzung meiner Grundrechte gekommen ist. Gleichzeitig wurde meine berechtigte Forderung nach der Aufhebung des Berufsverbots von den Beamten der Stadt Berlin, unter denen Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften Günter Stock, Senator für Wissenschaft und Forschung Jürgen Zöllner, Präsident des Jan-Hendrik Olbertz und anderen, mißachtet, mein Antrag beim Arbeitsgericht verworfen, während weitere Anträge beim Verwaltungsgericht und Verfassungsgerichtshof bis heute keine Entsprechung finden, wobei auch die Staatsanwaltschaft unterließ, die strafrechtlichen Verfahren zu eröffnen und die beschuldigten Personen zu verklagen. Mein Schreiben an das Kammergericht, in dem ich die Klageerzwingungsverfahren beantragte, blieb bis heute unbeantwortet. Wegen meiner Mittellosigkeit aufgrund unterlassener Fortzahlung der Sozialhilfe und widerrechtlicher Anwendung des Berufsverbots wurde ich genötigt, ein Privatdarlehen aufzunehmen, und beantrage hiermit, die Beschuldigten zu verurteilen, die 4626 Euro an mich auszusahlen.

Infolge rechtswidriger Handlungen wurde ich willkürlich bestraft, beleidigt, meine Grundrechte verletzt, ohne daß ich gegen gesetzlichen Bestimmungen verstieß oder mich schuldig im strafrechtlichen Sinne machte. 8 Monate meines Lebens wurden mir unwiderbringlich gestohlen, ich mußte weiterhin von meinem Freund getrennt leben, meine Entrechtung wurde böswillig fortgeführt, trotz zahlreiche Anträge und Gerichtsverfahren, wobei bei den Tätern kein Anzeichen von Reue, Schuldgefühle oder Gewissen festzustellen ist, was auf psychopathische Persönlichkeitsstruktur hinweist.

Falls die geforderte Zahlung zustande kommt, bin ich damit einverstanden, von dieser Summe meinen Anteil an Gerichtsgebühren zu erstatten. Anderenfalls sollen strafrechtliche Verfahren gegen Beklagten eingeleitet werden, um sie strafrechtlich zu belangen und die Gerichtsgebühren von ihnen einzufordern. Solange die Entrechtung und Außerkraftsetzung der Rechtsordnung fortgeführt wird, bin ich nicht bereit und nicht imstande, die Gerichtsgebühren zu zahlen, und aus erklärten Gründen übersende den PKH-Antrag.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen.

PKH-Antrag

Kopie des Gutachtens vom 24.09.2014.

Sozialgericht.

<http://www.enzymes.at/indictments/Sozialgericht.pdf>

Abschriften meiner Schreiben an die Berliner Gerichte, an die Polizei und an das Landeskriminalamt.

<http://www.enzymes.at/indictments/Schadenersatz.pdf>

Arbeitsgericht.

<http://www.enzymes.at/indictments/Arbeitsgericht.pdf>

Verwaltungsgericht.

<http://www.enzymes.at/indictments/Verwaltungsgericht.pdf>

Amtsgericht Tiergarten
Turmstraße 91
10559 Berlin

15.03.2015

Klage und Antrag auf Erlass einstweiliger Verfügung/Anordnung.

Kläger und Antragsteller:

Dr. Andrej Poleev, Anschrift wie oben;

Beklagten:

1. Joachim Gauck, Schloss Bellevue, Spreeweg 1, 10557 Berlin.
2. Dr. Angela Merkel, Bundeskanzleramt, Am Kupfergraben 6, 10117 Berlin, und Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin.

Ich erhebe Klage und beantrage:

1. die Beklagten zu verurteilen, ihre Ämter niederzulegen;
2. falls die Beklagten sich weigern, die im Punkt 1 erwähnten Handlungen zu tätigen, sie ihrer Ämter zu entheben;
3. die strafrechtliche Verfolgung der Beklagten einzuleiten;
4. den sozialpsychiatrischen Dienst zu beauftragen, die beklagten Personen in ein psychiatrisches Krankenhaus unterzubringen zwecks Untersuchung und Bestimmung therapeutischer Maßnahmen wegen Unzurechnungsfähigkeit und Fremdgefährdung (Neigung zur Gewalttätigkeit);
5. nach Abschluß diagnostischer Verfahren und unter Berücksichtigung des Berichts der behandelnden Ärzte soll über weitere Vorgehensweise entschieden werden;
6. die Beiordnung eines Rechtsanwalts.
7. Solange meine Entrechtung und Außerkraftsetzung der Rechtsordnung fortgeführt wird, die Erhebung jeglicher Gerichtsgebühren zu unterlassen.

Begründung.

Meine Feststellung in Bezug auf Dienstunfähigkeit beider Personen bewahrheitete sich im Laufe weiterer Beobachtung, die meine Schlußfolgerungen bestätigte und die Beweise ihrer Unzurechnungsfähigkeit brachte. Für Widerhandlung gegen geltendes Recht, für Verletzungen der Amtsstatuten, für Realitätsverlust, Wahnzustände und Wahngerede gibt es keine andere plausible Erklärung, als unaufhaltsam fortschreitende pathologische Prozesse, die auf bereits diagnostizierte psychische Erkrankungen beider Personen zurückzuführen sind, was mich dazu veranlasste, am 17.06.2014 einen Antrag auf Unterbringung in ein psychiatrisches Krankenhaus zu stellen (Anlage). Da bisher meinem Antrag nicht entsprochen wurde, beantrage ich beim Amtsgericht, die Beklagten zu verurteilen, ihre Ämter niederzulegen und sich in ärztliche Behandlung zu begeben.

Dr. Andrej Poleev

PD Dr. med. Olaf Schulte-Herbrüggen
Gerontopsychiatrisches Zentrum
St. Hedwig-Krankenhaus
Große Hamburger Straße 5 – 11
10115 Berlin

17.06.2014

Antrag auf Unterbringung in ein psychiatrisches Krankenhaus.

Aufgrund psychischer Erkrankung mit ungünstiger Prognose infolge ihres chronischen Charakters und soziopathischen Verhaltensäußerungen, die eindeutig auf bestehende Gefahr der Selbst- und Fremdgefährdung hinweisen, und gemäß § 8 (1) PsychKG Berlin beantrage ich die Unterbringung von 2 Personen in ein psychiatrisches Krankenhaus zwecks psychiatrisch-medizinischer Untersuchung und Bestimmung nachfolgender Therapiemaßnahmen. Die Diagnosestellung erfolgte im Fall Angela Merkel 2007 (Anlagen 1-2), im Fall Joachim Gauck am 21. Januar 2013 (Anlagen 3-4).

Dr Andrej Poleev

Anlagen:

1. Merkel-Wahn im CDU-Staat.

URL: <http://www.enzymes.at/download/merkel.pdf>

2. Attest über Geschäftsfähigkeit der Bundeskanzlerin Angela Merkel.

URL: http://www.facebook.com/note.php?note_id=472488579474377

3. Attest über Geschäftsfähigkeit des Bundespräsidenten Joachim Gauck.

URL: http://www.facebook.com/note.php?note_id=472487512807817

4. Priester.

URL: http://www.facebook.com/note.php?note_id=475732505816651

Christian Steiof
Landeskriminalamt Berlin
Abt. 4 Organisierte Kriminalität
Tempelhofer Damm 12
12101 Berlin

28.05.2015

Strafantrag.

In Ergänzung der Strafanträge vom 10.12.2012, 19.09.2013, 22.09.2014, 30.09.2014, 15.10.2014, 31.10.2014, 11.12.2014¹⁻⁷ beantrage ich die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen und Verfahren gemäß §§ 4,13,14 Völkerstrafgesetzbuch wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen gegen Personen (§§ 7, 8 Völkerstrafgesetzbuch). Entgegen meiner Forderungen, die Beschuldigten zu verhaften und sie strafrechtlich zu belangen, unterließ die Staatsanwaltschaft, einschließlich Generalstaatsanwalt in Berlin, Präsident des Bundeskriminalamtes, Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, und Anklägerin beim Internationalen Strafgerichtshof, strafrechtliche Ermittlungen einzuleiten und die Anklagen zu erheben, womit sie sich schuldig im Sinne genannter Paragraphen des Völkerstrafgesetzbuch machten. Die Untätigkeit der Beamten, die in solchen Fällen, und in Fällen, die im Strafgesetzbuch genannt sind, zur Handlung verpflichtet sind, weist auf unzulässige Gleichschaltung der Staatsorgane, auf die Außerkraftsetzung der Rechtsordnung, und auf die Wiedererrichtung politischer Strukturen, welche zum Zwecke der Ausübung totalitärer Kontrolle und Manipulation eingesetzt wurden, und deren Existenz sowie Vorgehensweise nach dem Ende des 2. Weltkriegs verurteilt wurden. Ungeachtet Urteile des Nürnberger Tribunals und nachfolgender Nürnberger Prozesse, wurde die NSDAP wiederaufgebaut, die jetzt als eine Einheitspartei in der Form verschiedener Volksparteien, die als Fraktionen der NSDAP fungieren, fortbesteht; infolge der Gleichschaltung existiert keine unabhängige Rechtssprechung, da die Richter von den Parteiangehörigen ernannt werden, bzw. selbst Mitglieder politischer Parteien sind; es fand die Wiederaufbau des 3. Reiches in geographischen Grenzen Europäischer Gemeinschaft statt; es wurde die Wiederbewaffnung betrieben und die Kampfmittel wurden gegen zivile Bevölkerung in Deutschland und im Ausland eingesetzt; „die Nazi-Verschwörer stellten jede kulturelle Tätigkeit unter Aufsicht und kontrollierten die Verbreitung von Informationen und Meinungsäußerungen innerhalb Deutschlands wie auch den Nachrichtenverkehr jeder Art von und nach Deutschland und schufen einen riesigen Propagandaapparat“⁸ - daran änderte sich nichts und diese Politik wurde von jetzigen Machthaber und Nachfolger der Nazi-Regime übernommen und fortgeführt.

Obwohl die Belege für derartige Entartung und Umkehrung des Rechts, das im Grundgesetz der BRD und in den Verfassungen einzelner Bundesländer proklamiert ist, in früheren Strafanträgen erbracht wurden, erfolgte bisher keine Korrektur in der Funktionsweise des Staatsapparats. Die Ursachen dafür, außer bereits erwähnter Umkehrung des Rechts, was im krassen Widerspruch zu den Gesetzen der Militärregierungen steht, womit die Grundlagen für die Rechtsordnung und Rechtssprechung in Deutschland nach dem Krieg geschaffen wurden, sind im Wesentlichen darin zu finden, daß die Friedensverträge zwischen Kriegsparteien

des 2. Weltkriegs immer noch nicht zustande gekommen sind bzw. wurden nicht gehalten und gleich nach der Unterzeichnung gebrochen. Absurderweise gehört jetzt Deutschland zu einem Militärbündnis, dessen Mitglieder zusammen mit der UdSSR gegen Hitlerregime kämpften, aber nach dem Ende des Krieges die Sowjetunion und jetzt auch Rußland als Gegner bewerten und bekämpfen. Diese Feststellung ist in Bezug auf juristische Beurteilung der Anwendbarkeit entsprechender Paragraphen des Völkerstrafgesetzbuch von Bedeutung. Da die BRD ein Bestandteil eines kriegsführenden Militärbündnisses ist, befindet sich die gesamte Bevölkerung in einem Gebiet der Kriegsführung, und die Verbrechen, die in diesem Gebiet begangen werden, unterliegen der Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs und laut dem Römer Statut sowie deutschem Völkerstrafgesetzbuch als Kriegsverbrechen bzw. Verbrechen gegen zivile Bevölkerung aufzufassen sind. Da die gesamte Bevölkerung in Eroberungsgebieten zu Kriegsbeute deutschfaschistischer Elite degradiert wurde, ist der Umgang mit den Menschen entsprechend: die Entmündigung, Entrechtung, Mißhandlung, Tötung, die massenhaft stattfinden, ohne daß die Schuldigen gefunden, geschweige denn, bestraft werden, belegen diese Auffassung.

In diesem Zusammenhang soll noch darauf hingewiesen werden, daß die Bestrebungen, eine globale monopole Macht zu erlangen, schon lange auf der Agenda der Verschwörer steht, die alle anderen, die ihre Pläne enthüllen, mit einem Sammelbegriff „Verschwörungstheoretiker“ diffamieren. Dieses Spiel gehört zum Repertoire der Eliten, und als Teil ihrer Strategie zu begreifen. „Es gehört zu den Merkmalen von Machtbeziehungen, daß die Macht so weit wie möglich verleugnet wird, häufig von beiden Seiten. Die Mächtiger verleugnen sie, weil die Herausstellung und Bewußtwerdung der Tatsache, daß es sich um eine von Macht bestimmte Beziehung handelt, die Frage der Legitimität der Beziehung aufwirft. Aber auch derjenige, der sich der Macht unterwirft oder unterwerfen muß, neigt häufig dazu, diese Tatsache zu verleugnen, da sie seinen Narzissmus kränkt. Wer hingegen in den eigenen Reihen auf Machtstrukturen hinweist, wird in aller Regel diffamiert, er projiziere seinen eigenen Machthunger, sei paranoid oder wolle das friedliche Einvernehmen in der Gruppe stören.“⁹

Während sich die Kriegsparteien CDU und CSU von dem Nazi-Geld finanzierten¹⁰⁻¹³, bedienen sie sich weiterhin, zusammen mit den übrigen Fraktionen der NSDAP, vom Staat und lassen sich von der Industrie reichlich beschenken, unter anderem von den Göbbels-Erben Quandt/Klatten¹⁴⁻¹⁹, so gaß die Grenzen zwischen Spender und Spendenempfänger sowie zwischen Täter von früher und Täter von heute fließend sind, und zwischen ihnen keine Interessenkonflikte bestehen. Auf diese Weise funktionierte schon das 3. Reich, in dem jegliche oppositionelle Meinung ausgeschaltet wurde, und der Staat mit seinem übermäßigen Staatsapparat nur als Mittel zum Zweck der Überwachung und des Bezwingen sämtlicher Bevölkerung diene. Aufgrund Verstrickung aller Beteiligten in die national-sozialistische Volksstaat BRD tragen sie gleichermaßen die Verantwortung für die Verbrechen, die im Namen des deutschen Volkes begangen und vollstreckt wurden und werden: für medizinische Experimente an Menschen; für Zwangsarbeit und Menschenhandel, die im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (Rechtsaufsicht) von der Bundesagentur für Arbeit und jobcenter betrieben werden; für Verfolgung und Mißhandlung von Intellektuellen, wovon ich selbst betroffen bin²⁰⁻²²; für entwürdigenden Umgang mit wehrlosen Menschen, einschließlich Indoktrination von Kindern und deren pädosexuelle Mißbrauch; für Kriege, die vom deutschen Boden ausgehen und unterstützt werden; für Aufbau staatlicher Propagandamaschinerie und Betreiben von Hirnwäsche, wofür schon einer der Naziführer erhängt wurde, - die Aufgabe, alle Untaten aufzuzählen, überlasse ich den Strafgerichten.

Während parasitische Beamten gemeinschaftlich die Staatskasse ausrauben, vergreifen sich die Ärzte, Ausbilder, Politiker, Millionäre und Milliardäre, Aufseher jeglicher Couleur an der Bevölkerung. Jegliche präzise Aussagen über die anteilmäßige Schuld aufgrund der Verflechtung einzelner Personen und Gruppen sind kaum möglich, weil es sich um eine kriminelle und terroristische Vereinigung handelt, jedoch soll mit Bezug auf die Bestimmungen des Völkerstrafgesetzbuch zwischen Aufsichtspflichtigen und (obersten) Befehlshaber, einerseits, und übrigen Unterebenen, Befehlsempfänger, Mittäter und Mitläufer, andererseits, unterschieden werden. In dieser Hinsicht erscheint die Aufgabe, solche Personen und Gruppen zu identifizieren, lösbar, wobei bei deren strafrechtlichen Verfolgung sich auf die Präzedenzfälle berufen sollte, weil einige diese Gruppen für gleiche Verbrechen, die sie auch heute begehen, verurteilt wurden²³. Eigentlich gab es keine Unterbrechung zwischen damals und jetzt, weil die ideologische und politische Kontinuität des 3. Reiches in der BRD und in der Europäischen Gemeinschaft offensichtlich und historisch belegbar ist.

Bis auf Oberreichsanwalt Ernst Lautz, der 1947 im Nürnberger Juristenprozess von einem amerikanischen Militärgericht zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, wurde keiner der etwa 570 Richter und Staatsanwälte gerichtlich zur Rechenschaft gezogen. Viele blieben während der Nachkriegsjahre in Westdeutschland im Richterdienst. Das BRD-Unrechts- sowie Terrorsystem ist eine der Folgeerscheinungen dieses Schuldverlaufs. Die Strafverfahren, die aufgrund meiner Strafanträge eingeleitet wurden, wurden eingestellt und die darin beschuldigten Personen, unter anderem Richter und Staatsanwälte, freigesprochen - allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer kriminellen und terroristischen Vereinigung namens „Justiz“. Das gleiche geschah mit meinen Anträgen, die sich gegen Akademiker, Politiker und Verwaltungsbeamte richteten²⁴⁻²⁷ - die Beschuldigten sind ausnahmslos von jeglicher Verfolgung ausgenommen, weil sie alle einem Komplizenkreis verbrecherischer Staatsdiener (Sinngemäß als Staatssicherheit, kurz SS, zu bezeichnen) zugehören. Vor einem Jahr, am 15.05.2014, informierte ich mündlich und schriftlich Prof. Dr. Gerhard Werle, Lehrstuhl für deutsches und internationales Strafrecht, Strafprozessrecht und Juristische Zeitgeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin, über das geschehene Unrecht²⁸, was aber keinesfalls dazu führte, daß deutsches und internationales Strafrecht seine rechtmäßige Anwendung fand, um dieses Unrecht zu beheben.

Obwohl durch das Erste Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30.5.1956 das Nationalsozialistische (Un)Recht in der BRD wiedereingeführt wurde, gilt das zumindest nicht für Berlin²⁹, und die Rechtmäßigkeit dieser Wiedereinführung ist zu bezweifeln. Ich stelle Strafantrag gegen die Staatsanwaltschaft, den Generalstaatsanwalt in Berlin, den Präsident des Bundeskriminalamtes, den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, sowie gegen alle in früheren Strafanträgen genannten Personen. Gesondert fordere ich strafrechtliche Verfolgung von Prof. Dr. Gerhard Werle wegen Betrug und Zugehörigkeit zu einer kriminellen und terroristischen Vereinigung.

Dr. Andrej Poleev

Anlagen.

1 Strafantrag vom 10.12.2012 - Antrag auf Aufnahme strafrechtlicher Ermittlungen wegen schweren Verbrechen, die der Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs unterliegen.

<http://www.enzymes.at/indictments/ICC4.pdf>

2 Strafantrag vom 19.09.2013 - A. Poleev. Mafialand NRW, 2013.

<http://www.enzymes.at/indictments/Mafialand.pdf>

3 - 7 Strafanträge vom 22.09.2014, 30.09.2014, 15.10.2014, 31.10.2014, 11.12.2014 - In: Abschriften meiner Schreiben an die Berliner Gerichte, an die Polizei und an das Landeskriminalamt.

<http://www.enzymes.at/indictments/Schadenersatz.pdf>

8 Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof Nürnberg. Nürnberg 1947, Bd. 2, S. 41-56.

9 Bruder-Bezzel A, Bruder K-J. Auf einem Auge blind: Die Verleugnung der Macht in der Psychoanalyse. Z Individualpsychol, 2001, 26: 24-31; in Hans-Jürgen Wirth. Pathologischer Narzissmus und Machtmißbrauch in der Politik. In: Otto F. Kernberg, Hans-Peter Hartmann (Hrsg.) Narzissmus. Grundlagen, Störungsbilder, Therapie. Schattauer, 2006.

10 Kanonen für Lehr. Spiegel, 09.09.1953

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25657499.html>

11 Georg Hodel. Das »Octogon«-Komplott. Konkret 3/2000.

<http://www.trend.infopartisan.net/trd0300/t170300.html>

12 Schaduwen uit het verleden. Morgenster, 26 januari 2000.

<http://www.stelling.nl/morgenster/cdu.htm>

13 Schwarze Kassen - Dokumentarfilm ARTE Frankreich 2008.

Regie: Jean-Michel Meurice, Recherchen: Frank Garbely und Fabrizio Calvi.

14 Parteienfinanzierung: lobbypedia.

<http://www.lobbypedia.de/wiki/Parteienfinanzierung>

15 Parteienfinanzierung: lobbycontrol.

<http://www.lobbycontrol.de/schwerpunkt/parteienfinanzierung/>

16 Klaus J. Schwehn. Parteienfinanzierung in Deutschland.

<http://www.evidero.de/parteienfinanzierung-in-deutschland>

17 Parteienfinanzierung: Wenn das "Gemeinwohl" in die eigene Tasche fließt. Sciencefiles 14.04.2012.

<http://sciencefiles.org/2012/04/15/parteienfinanzierung-wenn-das-gemeinwohl-in-die-eigene-tasche-fliest/>

18 Hans Herbert von Arnim. Der Staat als Beute.

19 Jürgen Reents. BIG SPENDER - Analyse der Parteienfinanzierung seit 1990. Neues Deutschland 4.03.2014.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/925821.big-spender-analyse-der-parteienfinanzierung-seit-1990.html>

20 Sozialgericht.

<http://www.enzymes.at/indictments/Sozialgericht.pdf>

21 Arbeitsgericht.

<http://www.enzymes.at/indictments/Arbeitsgericht.pdf>

22 Verwaltungsgericht.

<http://www.enzymes.at/indictments/Verwaltungsgericht.pdf>

23 Nuremberg trials 1945-1949.

http://www.loc.gov/rr/frd/Military_Law/Nuremberg_trials.html

24 Kopie des Schreibens vom 29.10.2014 über die Einstellung des Verfahren 276 Js 1902/14 aufgrund meines Strafantrags vom 30.09.2014 gegen Abgeordnete des Deutschen Bundestages.

25 Kopie des Schreibens vom 4.11.2014 über die Einstellung des Verfahren 276 U Js 2106/14 aufgrund meines Strafantrags vom 22.09.2014 gegen Richter Berliner Gerichte und Rechtsanwälte der Anwaltsvereine.

26 Kopie des Schreibens vom 26.11.2014 über die Einstellung des Verfahren 276 Js 2065/14 aufgrund meines Strafantrags vom 15.10.2014 gegen Mitglieder der Bundesregierung.

27 Bisher erfolgte keine Stellungnahme - weder Mitteilung über Einleitung noch über die Einstellung der Strafverfahren - auf meine Strafanträge vom 11.12.2014 gegen diverse Staatsanwälte, vom 9.02.2015 gegen Richter des Verfassungsgerichtshofs Starostik, und vom 7.01.2015 gegen Michael Müller.

28 Kopie des Schreibens an Prof. Dr. Gerhard Werle vom 15.05.2014.

29 Bundesgesetzblatt Teil I 1956 Nr. 24 vom 31.05.1956 Erstes Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts.

Prof. Dr. Gerhard Werle
Dekan für internationale Angelegenheiten
Lehrstuhl für deutsches und internationales Strafrecht,
Strafprozessrecht und Juristische Zeitgeschichte
Humboldt-Universität zu Berlin
Juristische Fakultät
Bebelplatz 1
10117 Berlin

15.05.2014

Verehrter Dr. Werle !

Heute sprach ich mit Ihnen kurz über mein Anliegen – Sie haben mich aufgefordert, es ausführlicher darzustellen, was ich hiermit tue.

Vor anderthalb Wochen bin ich nach Berlin gekommen, um eine rassistische und homophobe Hetze zu entgehen, und die Wiederherstellung meiner Rechte zu fordern. Seit mehr als einem Jahrzehnt wird meine Arbeit auf unzulässige Weise behindert und unmöglich gemacht, de facto besteht ein Berufsverbot, wofür es keine rechtlichen Grundlagen gibt. Willkürlich wurde ich entrechtet, zu einem Bettler degradiert, ausgeraubt, beleidigt, mißhandelt, gefoltert. Die Vorgänge sind deckungsgleich mit denen, die Victor Klemperer in seinen Tagebüchern beschreibt. Ich zitiere seine Texte in meinem Buch Indictments (2010). Alle meine Bemühungen, diese Entrechtung einzuklagen, sind ergebnislos geblieben, die in meinem Auftrag tätige Rechtsanwälte erreichten nichts was meinem Auftrag entsprach, meine Anweisungen wurden ignoriert, infolgedessen meine Lage kontinuierlich immer schlechter geworden ist. Schließlich ist zu Polizeiübergriffen gekommen, zu einer willkürlichen Fabrikation der Haftbefehle, zu politisch motivierter Verfolgung.

Zuletzt, am 14. April, wurde mein Personalausweis gestohlen, wie früher auch mein Führerschein, gleichfalls willkürlich. Entsprechende Strafanträge wurden gestellt, aber gänzlich ignoriert. Die Russische Föderation verweigert weiterhin jegliche Anteilnahme, und verweigert die Ausstellung eines neuen Personalausweises seit 2006.

Bisher informierte ich Klaus Wowereit, Dr. Günther Stock, Prof. Olbertz und manche andere Personen über mein Anliegen und meine Vorhaben. Ich möchte Sie gleichfalls bitten, alle rechtliche Mittel anzuwenden, um diese Willkür zu beenden. Am dringendsten benötige ich die Wohnräume, in denen ich ungestört schlafen kann. Ich möchte möglichst bald auch die Möglichkeit erhalten, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und meinen beruflichen Betätigungen nachzugehen.

Für weitere Fragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Dr. Andrej Poleev